



## WIE FRAUEN UND MÄNNER GEMEINSAM FRIEDEN SCHAFFEN

# FEMINISMUS UND GESCHLECHTERDEMOKRATIE IN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

**Das Gunda-Werner-Institut (GWI)**  
stellt sich vor  
[www.gunda-werner-institut.de](http://www.gunda-werner-institut.de)

Geschlechterpolitik und feministische Analysen und Strategien haben in der Heinrich-Böll-Stiftung einen festen Platz. Geschlechterpolitik ist eines ihrer wichtigsten Markenzeichen, Geschlechterdemokratie zentraler Bestandteil ihres Leitbildes. Es wird konsequent in der politischen Bildungsarbeit, in der Organisation und bei der Studienförderung umgesetzt. Das Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung (GWI) ist dabei ein ganz besonderer Ort. Hier werden geschlechterpolitische Themen gebündelt und die Auseinandersetzung um Feminismus und Geschlechterdemokratie wird aktiv betrieben und gefördert.

## Wir vernetzen und sensibilisieren

### z. B. in der Friedens- und Sicherheitspolitik

Wir sensibilisieren für die Geschlechterblindheit in der internationalen Friedens- und Sicherheitspolitik und versuchen, politische Veränderungen auf den Weg zu bringen. Unser Anspruch ist es, Konfliktprävention und Post-Konfliktbearbeitung mit Geschlechtergerechtigkeit konsequent zu verbinden. Gemeinsam mit feministischen Netzwerken drängen wir auf die Umsetzung der UN-Resolution 1325. Diese verlangt nämlich, dass Frauen über Krieg und Friedensverträge mitentscheiden.

## Wir überprüfen Konzepte

### z. B. Geschlechterpolitiken in Europa

Wir spüren geschlechterpolitisch emanzipative Politikkonzepte in Ländern Europas auf und überprüfen deren Übertragbarkeit auf die deutsche und die EU-Politik. Das Institut nimmt feministische und geschlechterpolitisch zukunftsweisende Ansätze unter die Lupe und stellt positive Beispiele vor, die – mit Blick auf die EU-Politik – nach neuen Strategien suchen. Neue Konzepte werden vorgestellt, dokumentiert und diskutiert, Erfahrungen ausgewertet.

## Wir analysieren Zusammenhänge

### z. B. selbstbestimmtes Leben

Soziale Sicherungssysteme sind ein Schlüssel für eine geschlechterdemokratisch verfasste Gesellschaft. «Eigenständige Existenzsicherung» ist die Basis für gleichberechtigte Geschlechterarrangements. Wir führen in Fachgesprächen, Workshops und Dossiers die Auseinandersetzung um Themen wie Grundsicherung/Grundeinkommen, Renten- und Steuerpolitik und Kriterien für geschlechtergerechte Lebensperspektiven. Ziel ist es, neue Modelle für gleichberechtigte Teilhabe aller Geschlechter anzuregen.

## Wir vermitteln Kompetenzen

### z. B. Gender-Beratung und -Training

Die nachhaltige und breite Integration von feministischen und geschlechterdemokratischen Zielen in politische und organisatorische Praxis ist nur möglich, wenn ausreichend Gender-Wissen und -Kompetenzen entwickelt werden. Wir unterstützen diesen Prozess kontinuierlich durch Weiterbildungs- und Beratungsangebote in Kooperation mit der Weiterbildungsakademie «Green Campus» sowie durch gender-bezogene Beratung und Qualifizierung innerhalb der Heinrich-Böll-Stiftung.

## Wir zeigen Perspektiven auf

### z. B. mit dem Wissensportal

Mit dem Internetportal [www.gunda-werner-institut.de](http://www.gunda-werner-institut.de) verfügen wir über ein einmaliges Angebot an feministischen und geschlechterpolitischen Informationen. Hier werden Kommunikations- und Vernetzungsmöglichkeiten in unterschiedlichen innovativen Formen aufbereitet, Erkenntnisse, Ergebnisse und Aktivitäten breit publiziert. Das Wissensportal reduziert die «digitale divide» – die Trennung des Zugangs zu digitaler Information nach Geschlecht und Region. Außerdem begleitet und initiiert es aktuelle Debatten auf seinen Blogs [www.gender-happening.de](http://www.gender-happening.de) und [www.streit-wert.boellblog.org](http://www.streit-wert.boellblog.org)

## Publikationen zum Thema

### Hoffnungsträger 1325. Eine Resolution für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik in Europa

Hrsg. im Ulrike Helmer Verlag vom Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung  
Königstein/Ts. 2008, 272 Seiten, 25 Euro  
ISBN 978-3-89741-282-8  
(auch auf Englisch erschienen)

### Frieden, Sicherheit und Geschlechterverhältnisse. Feministische Positionen und Perspektiven zur Friedens- und Sicherheitspolitik

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 6  
Berlin, Oktober 2009, 80 Seiten  
ISBN 978-3-86928-007-3

### Geschlechterpolitik macht einen Unterschied. Erfahrungen der Heinrich-Böll-Stiftung in vieler Herren Länder

Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Berlin, Juni 2009, 72 Seiten  
(auch auf Englisch erschienen)

## Gender-Mainstreaming-Praxis.

### Arbeitshilfen zur Anwendung der Analyse-kategorie «Gender» in Gender-Mainstreaming-Prozessen

Von Angelika Blickhäuser und Henning von Bargen  
Hrsg. von der Heinrich-Böll-Stiftung  
Schriften des Gunda-Werner-Instituts, Band 7  
Überarbeitete Neuauflage  
Berlin, Dezember 2009, 144 Seiten  
ISBN 978-3-86928-022-6

Bestellung der Publikationen:

E [info@boell.de](mailto:info@boell.de)

## Impressum

### Herausgeberin

Heinrich-Böll-Stiftung e.V.  
Schumannstraße 8, 10117 Berlin  
T 030 – 2 85 34 – 0  
F 030 – 2 85 34 – 109  
E [thema@boell.de](mailto:thema@boell.de)  
W [www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)

### Redaktion

Elisabeth Schmidt-Landenberger

### Redaktionsassistentin

Susanne Dittrich

### Mitarbeit

Barbara Unmüßig  
Gitti Hentschel  
Rita Schäfer  
Annette Maennel (V.i.S.d.P.)

### Gestaltung

Blotto Design, Berlin [www.blottodesign.de](http://www.blottodesign.de)

### Druck

agit-Druck, Berlin

### Papier

Inhalt: Envirotop, 100g/m<sup>2</sup> matt hochweiß,  
Recyclingpapier aus 100% Altpapier  
Umschlag: Clarosilk, 200g/m<sup>2</sup>

### Bezugsbedingungen

zu bestellen bei oben genannter Adresse

# KEIN FRIEDEN OHNE FRAUEN

VON BARBARA UNMÜSSIG

**G**eschlechterpolitik nun auch noch in Fragen um Krieg und Frieden? Ist das nicht übertrieben? Diese skeptische Reaktion – offen oder verkappt – hören wir, seit das Gunda-Werner-Institut für Feminismus und Geschlechterdemokratie dieses Thema in der Heinrich-Böll-Stiftung bearbeitet. Da haben wir uns ein besonders dickes Brett vorgenommen: Die Aufarbeitung und Bewältigung von Kriegen und Konflikten ist durch und durch von Männern und vor allem von Geschlechterstereotypen dominiert. Daran ändert sich allmählich etwas – auf mehreren Ebenen. Mit vielen Mitstreitenden rund um den Globus arbeiten wir an einem umfassenden Verständnis von Geschlechterverhältnissen. Wenn es um Kriege und Konflikte geht, sind sie ein weit unterschätzter Faktor. Neben dem sozialen Status und der ethnischen und religiösen Zugehörigkeit haben sie aber einen wichtigen Einfluss auf den Konfliktverlauf und dessen Bewältigung. Frauen und Männer sind unterschiedlich von Konflikten geprägt und betroffen. Deutlich ist auch, dass nicht einfach von Männern als Tätern oder Frauen als Opfern ausgegangen werden kann. Geschlechterrollen und die Dynamiken zwischen und unter den Geschlechtern verändern sich gerade in Konfliktkonstellationen. Und beide, Männer wie Frauen, werden von Kriegaakteuren und -treibern instrumentalisiert und missbraucht. Besonders dramatischer Ausdruck davon ist sexuelle Gewalt als Kriegstaktik. Sie trifft vor allem Frauen und Mädchen, aber auch Jungen und Männer. All diese Erkenntnisse sind ein wichtiger Schlüssel zum Verständnis von Kriegen und Nachkriegsgesellschaften weltweit. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat es sich zur Aufgabe gemacht, die politischen Entscheidungsträger und eine breitere Öffentlichkeit für sie zu sensibilisieren. Dieses Heft versteht sich als ein Beitrag dazu.

Ein weiterer Aspekt treibt unsere Arbeit voran: Immer noch werden Frauen bei der Konfliktprävention und der Konfliktbewältigung systematisch ausgeschlossen. Ohne sie aber ist ein dauerhafter Frieden nicht möglich, ohne sie können Konflikte

nicht nachhaltig gelöst werden. In der Friedens- und Sicherheitspolitik ist eine konsequente Geschlechterperspektive lange ignoriert worden. Dies änderte sich erst vor gut zehn Jahren. Beharrlicher Lobbyarbeit engagierter Frauen ist es zu verdanken, dass der UN-Sicherheitsrat am 31. Oktober 2000 die Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit verabschiedete. Seither ist völkerrechtlich geregelt, dass Frauen auf allen Ebenen – in Friedensprozessen, in der Sicherheitspolitik sowie bei der Konfliktbearbeitung vor Ort – angemessen zu beteiligen sind. Die UN-Resolution gilt als historischer Durchbruch für die Forderungen der internationalen Frauenfriedensbewegung. Weitere UN-Resolutionen folgten und stärken zumindest auf völkerrechtlicher Ebene die Rechte von Frauen – auch wenn die Umsetzung noch nicht zufriedenstellend ist. In diesem Heft erzählen wir von den Kämpfen der Frauen und Männer in ihrem Alltag und in Kriegs- und Nachkriegsgesellschaften; aber auch von den ersten erfolgreichen Ansätzen, Geschlechterpolitik in der Außen-, Sicherheits- und Friedenspolitik zu verankern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist mit einigen Büros in Konfliktregionen präsent. Es ist keine leichte Aufgabe, für eine geschlechtersensible außen- und sicherheitspolitische Perspektive zu werben und einzutreten. Aber wir wissen: Überall macht Geschlechterpolitik einen Unterschied, gerade auch bei Krieg und Frieden. ■■■



**Barbara Unmüßig**  
Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung

# böll

THEMA

1/11

## EINFÜHRUNG

- 3 **Gender** — ein Weg zum Frieden  
Von Rita Schäfer

- 6 **Im Namen der Frauen** — wie ihre Rechte für Kriege instrumentalisiert werden können  
Von Barbara Unmüßig



6

## KONFLIKTE

- 8 **Die für die Krieger tanzen** — das Schicksal der «Dancing Boys» in Afghanistan  
Von Martin Reichert

- 12 **Mütter oder Monster?** — die aktive Rolle der Frauen im Völkermord von Ruanda  
Von Nicole Hogg

- 14 **Das Promi-Problem** — über die Mär vom «Krieg gegen die Frauen» im Kongo  
Von Andrea Böhm

- 17 **«Angriff. Annäherung. Penetration»** — was Gefechts- und Geschlechtskampf gemeinsam haben  
Interview: Ute Scheub

- 20 **«Es ist sehr gefährlich, sich zu wehren»** — die Angst afghanischer Frauen vor der eigenen Polizei  
Interview: Bente Scheller

- 23 **Waffenschwestern** — über einen rigiden Geschlechterdiskurs in der Bundeswehr  
Von Cordula Dittmer



8



12

## LÖSUNGSVERSUCHE

- 25 **Frieden, Frauen, Sicherheit** — alle Resolutionen im Überblick  
zusammengestellt und bewertet  
von Gitti Hentschel

- 26 **Umsetzung der UN-Resolutionen in der Internationalen Staatengemeinschaft** — eine kritische Würdigung  
Von Jana Arloth & Frauke Seidensticker

- 28 **Umsetzung der UN-Resolutionen in der Europäischen Außenpolitik** — überzeugender als in manchem Mitgliedsland  
Von Franziska Brantner



20

- 30 **Umsetzung der UN-Resolutionen in Deutschland** — warum Deutschland bisher keinen Nationalen Aktionsplan vorgelegt hat  
Von Gitti Hentschel

- 31 **Die Arbeit des Jugoslawien- und Ruandatribunals** — und was für künftige Prozesse daraus zu lernen ist  
Von Gabriela Mischkowski

- 33 **Traumatherapie im Irak** — Aufarbeitung und Prävention zugleich  
Interview: Layla Al-Zubaidi & Anbara Abu-Ayyash

- 35 **Gipfelstürmerinnen** — Nepals Frauen haben ihren Staat im Sinne der UN-Resolutionen zu einem der fortschrittlichsten weltweit gemacht  
Von Shailee Bhandari

## IM NETZ

[www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)

**Mr. Cowboy und Mrs. Gangsterbraut** — warum amerikanische Männer und Frauen nicht ohne Waffen wollen  
Von Marie-Christine Heinze

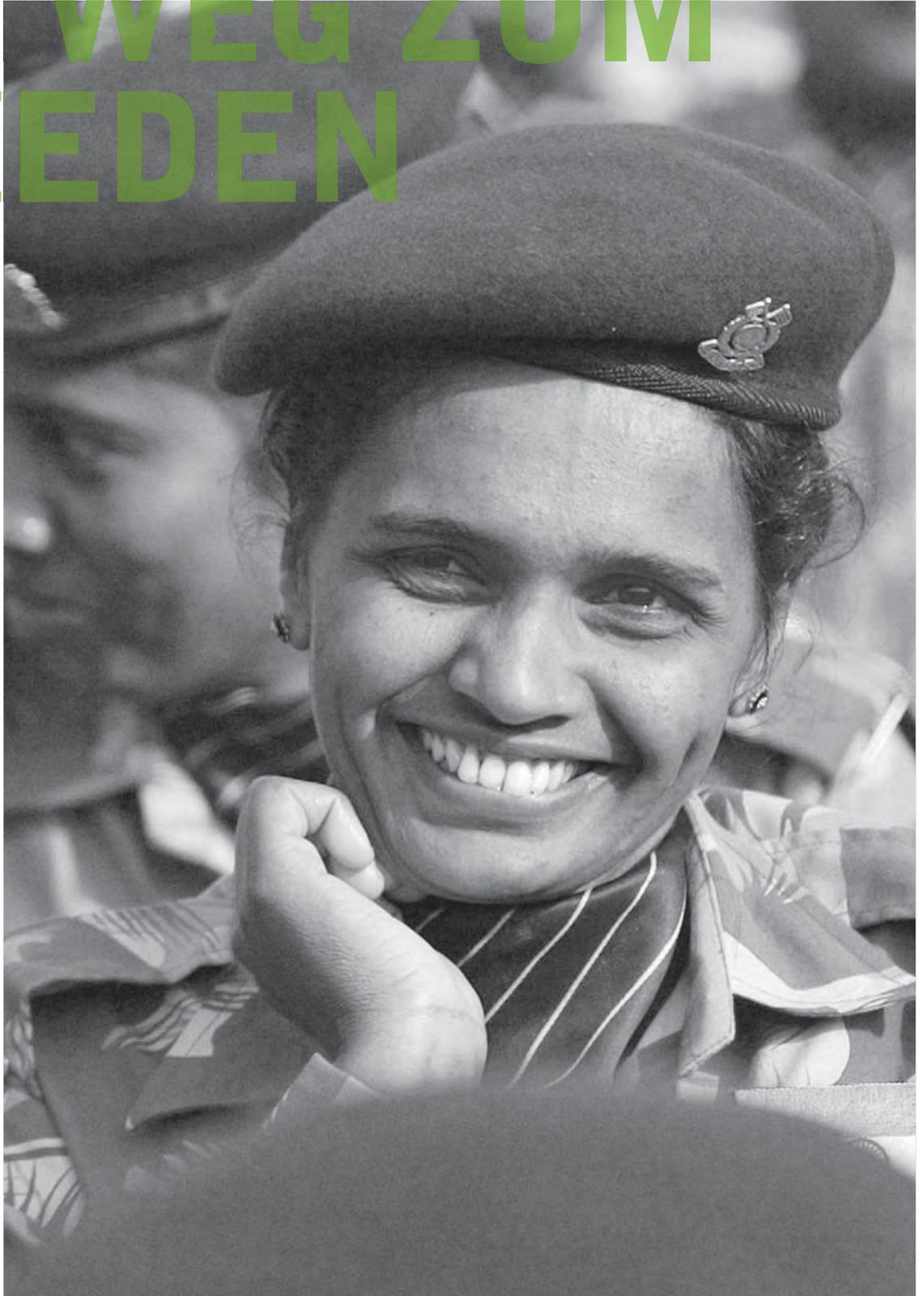
**Tiefere Töchter** — wie der Irak seine weiblichen Sicherheitskräfte ausbeutet  
Von Layla Al-Zubaidi

**«Angriff. Annäherung. Penetration»** — was Gefechts- und Geschlechtskampf gemeinsam haben (ungekürzte Version)  
Interview: Ute Scheub

**Neue Väter** — Südafrikas Männer haben ein erstaunliches Projekt ins Leben gerufen  
Von Rita Schäfer

**Demobilisierung im Kongo** — ein wichtiger Schritt, aber noch fehlen die Frauen  
Von Sara Pavan

# GENDER – EIN WEG ZUM FRIEDEN



# GENDER – EIN WEG ZUM FRIEDEN

VON RITA SCHÄFER

Eine alte Bäuerin im ländlichen Norddeutschland kommt bei einem Kaffee mit dem Pfarrer ins Gespräch. Sie unterhalten sich über alte Zeiten, insbesondere über den Zweiten Weltkrieg. Einige Bauernsöhne starben als Soldaten, andere blieben ihr Leben lang vom Krieg gezeichnet. Sie selbst sei beim Einmarsch der Russen vergewaltigt worden, vertraut sie dem Pfarrer an. Weil Hitler den Krieg begonnen hatte, fügt sie erklärend hinzu.

Zeitsprung und Ortswechsel: Ein junger Iraker, der auf abenteuerliche Weise geflohen ist und nun in einer deutschen Großstadt lebt, wird nachts von Alpträumen aus dem Schlaf gerissen. Selbst seiner neuen Freundin kann er nicht anvertrauen, was er erlebt hat. Folterungen im Irakkrieg haben ihm sein männliches Selbstwertgefühl geraubt.

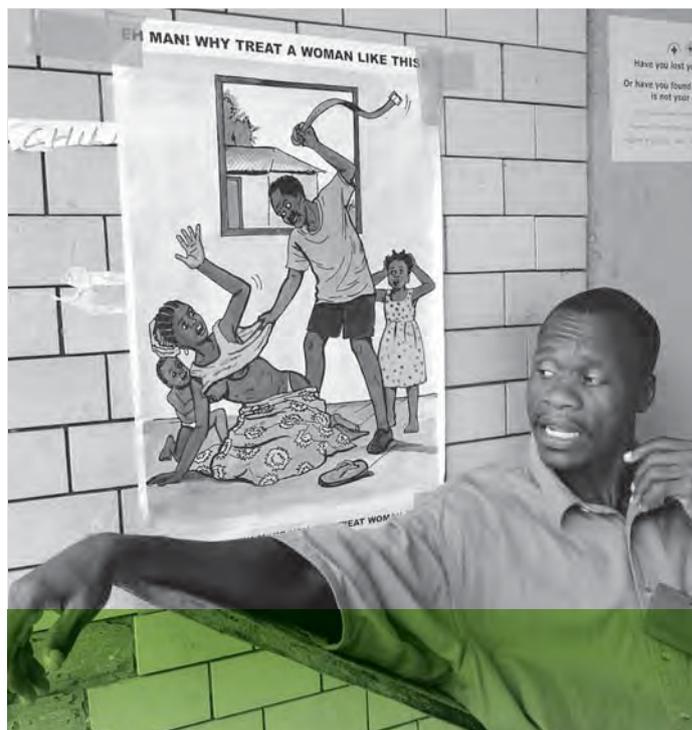
Eine Liberianerin verhält sich sehr aggressiv gegenüber ihren Kindern, die wie sie HIV-positiv sind. Zu Beginn des brutalen Bürgerkriegs während der 1990er Jahre war sie noch ein Mädchen, dennoch hatte eine Guerillagruppe sie zwangsrekrutiert. Als Kombattantin und *Bush-Wife* («Ehefrau im Busch») musste sie dem Guerillachef dienen. Über ihre eigenen Gewalterfahrungen als Täterin und Opfer hat sie nie sprechen können. Verantwortungs-volle Mutterschaft konnte sie nicht erlernen.

Mit viel Glück überlebte ein älterer Bosnier den Krieg in seinem Land, allerdings findet er sich nun nicht mehr im Frieden zurecht. Seine Frau eröffnete gemeinsam mit einigen weiblichen Verwandten eine Bäckerei und sorgt für den Familienunterhalt, während er nach wie vor arbeitslos ist. Dennoch will er als Herr im Haus und als Familienvorstand behandelt werden.

In einem abgelegenen Indianerreservat in Wyoming, in den Weiten des Wilden Westens der USA, führt eine alte Shoshone-Indianerin durch eine Ausstellung über die Geschichte ihres Volkes. Stolz zählt sie die Namen tapferer Krieger auf, die im 19. Jahrhundert mutig, aber letztlich erfolglos Widerstand gegen die gnadenlos vorrückenden Siedler leisteten. Dann spricht sie über die jungen Männer, die wegen der Perspektivlosigkeit im Reservat zur US-Armee gegangen waren und in Vietnam oder Afghanistan ums Leben kamen. Sie neigt sich zu den Fotos der toten Soldaten und fügt hinzu, dass sie ihren Familien im Reservat fehlen.

## Auch Frauen haben Machtansprüche

Diese Beispiele illustrieren, wie unterschiedlich Kriege das Leben von Frauen und Männern prägen. Deutlich wird, dass nicht einfach von Männern als Tätern oder Frauen als Opfern ausgegangen werden kann. Vielmehr ist ein umfassendes Verständnis von Geschlechterverhältnissen notwendig. Auch Alter und Status, die Zugehörigkeit zu einer ethnischen oder religiösen Gruppe, Nationalismus und die spezifischen Kriegshandlungen beeinflussen die individuellen Kriegserfahrungen und Bewältigungsstrategien. Gerade weil die heutige Geschlechterforschung mit einem breit gefassten *Gender-*



Im liberianischen Bürgerkrieg wurden laut Angaben der UN-Mission über 60 Prozent der Frauen vergewaltigt, viele als Sexsklavinnen missbraucht. Um die immer noch weit verbreitete Gewalt gegen Frauen einzudämmen, setzte die Regierung unter Staatspräsidentin Ellen Johnson-Sirleaf einen Sondergerichtshof für Fälle geschlechtsspezifischer und sexueller Gewalt ein. Dieser hat dem aktuellen Bericht von Amnesty zufolge bis November 2009 vier Verfahren abgeschlossen, von denen drei mit einem Schuldspruch endeten.

Begriff arbeitet, der die Unterschiede zwischen Frauen und Männern mit politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnissen in Beziehung setzt, bietet sie wichtige Impulse zum Verständnis von Kriegen und Nachkriegsgesellschaften weltweit.

Das aus dem Englischen übernommene Wort *Gender* bezieht sich nicht auf das biologische Geschlecht, sondern auf gesellschaftlich geprägte Normen und Rollenmuster. Diese können zeitlich, regional und kulturell unterschiedlich definiert und gestaltet werden. Jede Gesellschaft hat in Friedenszeiten eigene Vorstellungen davon, wie Frauen und Männer sich verhalten sollen. Solche Geschlechterkonzepte werden durch die Familie und Verwandtschaft, das soziale Umfeld, Organisationen, staatliche Institutionen, durch Politik und Rechtssystem, religiöse Autoritäten und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geformt. Sie schlagen sich in Hierarchien zwischen Frauen und Männern nieder; gleichzeitig müssen Machtunterschiede aufgrund unterschiedlichen Alters und Status beachtet werden. Vielerorts beanspruchen alte, wohlhabende und politisch oder religiös einflussreiche Männer Macht über Jüngere. Gelegentlich nutzen sie diese für ihre eigenen Interessen aus. Auch unter Frauen gibt es Machtansprüche – beispielsweise die von Schwiegermüttern über Schwiegertöchter.

Solche Erwartungen und Machtmuster sind nicht statisch, sondern wandelbar. So gibt es infolge sozioökonomischer Veränderungen und politischer Umbrüche gleichzeitig unterschiedliche Rollen-erwartungen und konkurrierende Normen in einer Gesellschaft.

### Kriegstreiber verheißen «Männlichkeit»

Diese Vielfalt und Dynamik wird von Kriegstreibern gezielt manipuliert und beschränkt. Ranghohe Militärs, Politiker oder religiöse Autoritäten – oft sind dies alte und wohlhabende Männer – verbreiten Bedrohungsszenarien und reduzieren männliche Rollenmuster auf die Verteidigerrolle. Sie suggerieren Jugendlichen und jüngeren Männern, dass diese ihre familiären Pflichten nur noch durch Kampfbereitschaft erfüllen können. Männlichkeits- und Ehrkonzepte werden so eingeengt, dass die Kriegsbeteiligung mit dem Schutz der Heimat, dem Erhalt des Volkes und der Nation oder der Verteidigung des Glaubens in Beziehung gesetzt wird.

Viele Vorkriegsgesellschaften sind durch staatliche Repression, durch hohe Arbeitslosigkeit und extreme soziale Ungleichheiten geprägt, die insbesondere junge Männer verunsichern. Sie können den Rollenerwartungen nur schwer entsprechen und suchen nach Auswegen; ihnen verheißen die Kriegstreiber neue Perspektiven. Wenn junge Männer sich zum Armeedienst melden, zählen sadistische und sexistische Erniedrigungen vielerorts zu den Aufnahme-riten. Gleichzeitig schweißen militärischer Drill und Kameradschaft die Rekruten zusammen. Gerade die Verbindung von Unterordnung und Zusammenhalt sorgt für Ordnung, stiftet Identität und schafft Abgrenzungen von den Gegnern, die oft als verweiblicht abgewertet werden. Auch Kriegsdienstverweigerern aus den eigenen Reihen wird die Männlichkeit abgesprochen, sie werden als feige Memmen oder Homosexuelle verhöhnt.

In Gegensatz dazu schwören Kriegstreiber Frauen auf das Mütterdasein ein. Sie sollen die Kultur und Heimat hüten und opferbereit ihr Volk unterstützen. Zahllose Frauen übernehmen diese Idealisierung tugendhafter Weiblichkeit und dulden aus nationalistischer und religiöser Überzeugung die Kriegsteilnahme ihrer Ehemänner und Söhne. Nur wenige Frauen bieten den Kriegstreibern couragiert Einhalt. Und diese Friedensaktivistinnen werden vor und während der Kriege als Verräterinnen an Volk und Vaterland oder als Ungläubige angeprangert.

### Die Traumatisierung hat viele Facetten

Die Gegensätze und Widersprüche geschlechtsspezifischer Rollenzuschreibungen zeigen sich insbesondere während und nach Kriegen. So sind vor allem Frauen und Mädchen mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Zu den Vergewaltigern zählen sowohl Soldaten staatlicher Armeen als auch Kombattanten in Guerillagruppen. vielerorts gehören ihre Gewaltakte zu den Taktiken im Rahmen von Gebietseroberungen. Die Vergewaltiger wollen nicht nur ihre Opfer, sondern auch deren männliche Familienmitglieder demütigen. Solche Angriffe auf die maskulinen Selbstbilder der Männer zerstören systematisch den familiären Zusammenhalt. In zahllosen Fällen werden auch Jungen und Männer sexuell misshandelt oder zu sexuellen Akten gezwungen, die ihren Sexualnormen radikal widersprechen und kulturelle Tabus verletzen. Hierzu zählen beispielsweise homosexuelle Kontakte und Inzest. Die langfristige Traumatisierung von Männern durch sexualisierte Gewalt als Kriegsstrategie hat demnach viele Facetten. Allerdings gehören Vergewaltigungen auch innerhalb der Armeen und Guerillagruppen zum Alltag, denn die Kommandanten beanspruchen die umfassende Verfügungsmacht über ihre Untergebenen.

Geschlechterkonflikte eskalieren, weil Frauen während der oft langen Kriegsjahre neue wirtschaftliche Aufgaben und Verantwortungsbereiche übernehmen müssen, die zuvor als männlich galten.

Viele Männer pochen in Nachkriegszeiten umso energischer auf die Wiederherstellung ihrer Machtpositionen. Etliche erhalten dabei von ihren eigenen Müttern Unterstützung, die wirtschaftlich eigenständige Schwiegertöchter als Bedrohung ihrer eigenen familiären Autorität wahrnehmen. Insbesondere demobilisierte und perspektivlose Kämpfer beanspruchen umfassende Macht in Ehen oder Partnerschaften, wobei sie ihr Vorgehen als Beitrag zum Wiederaufbau der sozialen Ordnung ausgeben. Deshalb grenzen sie sich auch von früheren Kampfgefährten ab.

Für Frauen und Mädchen, die als Soldatinnen oder Kombattantinnen an Kriegen mitwirkten, ist die Reintegration in den Nachkriegsalltag besonders schwierig. Nach einem Friedensschluss halten Kommandanten sie vielerorts davon ab, an Demobilisierungsprogrammen teilzunehmen. Auch Kindersoldatinnen werden meist nicht als solche registriert.

### Gewaltmuster werden nach dem Krieg übernommen

Wenn es keine strafrechtliche Aufarbeitung von sexualisierter Kriegsgewalt gibt, besteht die Gefahr, dass diese Gewaltmuster in Nachkriegsgesellschaften übernommen werden. Das ist vor allem der Fall, wenn Generalamnestien erlassen werden, um einen labilen Frieden nicht zu gefährden.

Zu den Folgen der sexualisierten Kriegsgewalt zählt auch der rasante Anstieg von HIV/AIDS und Geschlechtskrankheiten. Manche infizierte Ex-Kombattanten vergewaltigen Frauen und Mädchen aus Rache. Andere gehen gewaltsam gegen ihre Partnerinnen vor, um ihre Dominanz in Ehen und Beziehungen wiederherzustellen. Die Eskalation häuslicher Gewalt beschränkt sich keineswegs auf die Entwaffnungsphase, die viele demobilisierte Männer als umfassenden Kontrollverlust erleben. Auch Ehemänner, die während eines Krieges den Vergewaltigungen ihrer Frauen hilflos zuschauen mussten, reagieren gelegentlich mit Gewalt. Dies ist insbesondere dann ein Problem, wenn die Frauen mit HIV oder Geschlechtskrankheiten infiziert oder geschwängert wurden. Auch manche Jungen und Männer, die selbst sexuell misshandelt wurden, versuchen, ihre Traumatisierungen mit Gewalt zu bewältigen.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass politische Machthaber, religiöse Autoritäten und zivilgesellschaftliche Organisationen mit umfassenden Strategien der Gewalt Einhalt gebieten. Auch die Medien können maßgeblich hierzu beitragen. Gleichzeitig müssen neue Foren eingerichtet werden, in denen Jungen und Männer maskuline Selbstbilder jenseits von Sexismus und Gewaltbereitschaft entwickeln können. Eine weitere große Aufgabe besteht darin, Gewalt-Hierarchien zwischen Männern unterschiedlichen Alters und Status aufzuarbeiten und abzubauen. Nur so kann verhindert werden, dass alte und neue Kriegstreiber etablierte martialische Männlichkeitskonzepte fortführen und junge Männer mobilisieren können, um ihre Interessen durchzusetzen. ■■■



**Dr. Rita Schäfer** Ethnologin, freiberufliche Wissenschaftlerin. Mehrjährige Gender-Forschungen in West- und Südafrika. Publikationen u.a.: Im Schatten der Apartheid (2. akt. Aufl. 2008), Gender und ländliche Entwicklung in Afrika (3. akt. Aufl. erscheint 2011). Frauen und Kriege in Afrika (2008). Webseite [www.frauen-und-kriege-afrika.de](http://www.frauen-und-kriege-afrika.de)

# IM NAMEN DER FRAUEN

Bei der Legitimation von Kriegen spielen Frauenrechte oft eine zentrale Rolle. Das beste Beispiel für «*embedded feminism*» ist der Einsatz in Afghanistan.



VON BARBARA UNMÜSSIG

Spätestens seit dem Beginn des Irakkrieges 2003 kennen wir den Begriff des «*embedded journalism*», zu Deutsch «eingebetteter Journalismus». Bei der Wahl des Wortes des Jahres 2003 landete er in Deutschland sogar auf dem 5. Platz. Medien – vor allem in Demokratien – haben schon immer eine äußerst wichtige Rolle gespielt, wenn es darum geht, für Kriegseinsätze öffentliche Akzeptanz zu schaffen, sie zu legitimieren aber auch abzulehnen. Der Begriff des «eingebetteten Journalismus» steht für eine neue Stufe der Beziehung zwischen Krieg und Medien: Journalisten werden direkt einer militärischen Einheit in Kriegs- oder Konfliktgebieten zugeordnet, um von dort zu berichten. Zu Recht spricht man in diesem Zusammenhang nicht mehr allein von der Instrumentalisierung, sondern gar von der Militarisierung der Medien.

Spätestens seit dem Krieg in Afghanistan ist nun auch vom «*embedded feminism*» die Rede. Der Begriff kommt aus der wissenschaftlichen Auseinandersetzung um die Frage, inwiefern Frauen- und Geschlechterfragen bei der Legitimation beziehungsweise Delegitimation von staatlicher Gewalt eine Rolle spielen, und wenn ja, welche. Die wenigen Untersuchungen aus der Geschlechterforschung kommen zu dem Schluss, dass sich immer häufiger feministische Diskurse und Forderungen in die politischen Begründungen militärischer Interventionen und deren medialer Begleitung einbetten. Krista Hunt benutzte diesen Begriff 2006 in ihrer Veröffentlichung «*Embedded Feminism and the War on Terror*». Der moralische Wert einer Intervention soll so hervorgehoben und die Bevölkerung gewonnen werden. Im Falle Bosniens und Afghanistans sei dies auch gelungen.

## Frauenrechte und die UN-Charta

Die öffentliche Legitimation von Kriegen ist vor allem in westlichen Demokratien mehr denn je «an das Konzept des humanitären Krieges» gebunden. Die Missachtung von Menschenrechten spielt für die öffentliche und teilweise politische Begründung eine zentrale Rolle und wird oft am Beispiel von Frauen dargestellt.<sup>1</sup> Doch gibt es eine völkerrechtliche Grundlage, den Schutz von Frauen gegen geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen mit militärischen Mitteln zu erzwingen – vorausgesetzt, die zivilen Instrumente sind erschöpft?

Im Kapitel VII der UN-Charta der Vereinten Nationen von 1945, das die Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Weltfriedens und bei Angriffshandlungen beschreibt, spielen die Kategorien Geschlecht und sexuelle Gewalt gegen Frauen keine Rolle. Noch nie wurden sie als Begründung für Sanktionen (Artikel 41, Kapitel VII der UN-Charta), für Blauhelmissionen oder eine militärische Intervention aufgeführt und durch einen Beschluss des UN-Sicherheitsrats legitimiert.

Erst mit den Resolutionen des UN-Sicherheitsrates – der 1325 aus dem Jahr 2000 und den folgenden 1820 (2008) sowie 1888 und 1889 (2009) – haben die Kategorien Geschlecht und Gewalt gegen Frauen auf völkerrechtlicher Ebene und im Krisenkontext Bedeutung erhalten.

Die Resolution 1820 des UN-Sicherheitsrates aus dem Jahr 2008 hält zum ersten Mal fest, dass sexuelle Gewalt insbesondere gegen Mädchen und Frauen «Konflikte erheblich verschärfen und die

Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit behindern» kann. Sie bezieht sich damit zwar auf Grundsätze des Kapitels VII der UN-Charta, nimmt aber ausschließlich bereits bestehende bewaffnete Konflikte, die den Weltfrieden bedrohen, ins Visier. Die UN-Resolution 1820 ist insofern ein Meilenstein in der Fortschreibung des Völkerrechts, als sexuelle Gewalt und Massenvergewaltigungen als Kriegstaktik und Kriegsverbrechen verurteilt und als die «Tatbestandsmerkmale des Völkermords erfüllende Handlung» anerkannt werden. Sie bleibt aber eine UN-Resolution unter mehreren; sie kann die militärische Intervention zum Schutz gegen geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen nicht «erzwingen». Die UN-Charta bleibt von ihr unangetastet.

### Frauenrechte in der Kriegslogik

Der Einsatz in Afghanistan ist ein Paradebeispiel dafür, wie Frauenrechte von der Politik und den Medien instrumentalisiert werden, um eine Intervention zu begründen. Neben dem Ziel der Terrorismusbekämpfung rückte das Weiße Haus gleich zu Kriegsbeginn die Rechte der Frauen ins Zentrum der Legitimation. Den Startschuss für eine regelrechte Kampagne gab Laura Bush, damalige First Lady, die ausnahmsweise statt des Präsidenten George W. Bush am 17. November 2001 die Radioansprache hielt und explizit den Krieg gegen den Terror mit dem Kampf um Frauenrechte verknüpfte: «Dank unserer jüngsten militärischen Erfolge in einem großen Teil Afghanistans sind die Frauen nicht länger in ihren Häusern eingesperrt. [...] Der Kampf gegen den Terrorismus ist auch ein Kampf um die Rechte und Würde der Frauen». US-Außenminister Colin Powell spitzte in einer darauf folgenden Rede noch zu, dass die Rechte der Frauen in Afghanistan nicht verhandelbar seien. Bei der feierlichen Unterzeichnung des Afghan Women and Children Relief Act im Dezember 2001 hob US-Präsident Bush hervor, dass sich Afghanistan «im Krieg gegen die Frauen» befände. Das Weiße Haus nutzte eine laufende politische Kampagne, die bereits 1997 von der US-amerikanischen Feminist Majority Foundation gestartet worden war: «Stop Gender Apartheid in Afghanistan». 1998 protestierte sie gegen Unocal, eine amerikanische Ölfirma, die am geplanten Bau einer Pipeline in Afghanistan maßgeblich beteiligt war und die dafür einen entsprechenden Vertrag mit den Taliban geschlossen hatte. Die «Gender Apartheid»-Kampagne gewann an Fahrt, als Mavis Leno, die Ehefrau des Talkmasters Jay Leno, im März 1999 eine Gala mit Hollywood-Stars organisierte, um gegen die «Gender Apartheid» des Taliban-Regimes zu protestieren.

Vor dem 11. September 2001 fanden die Forderungen der US-Kampagne, die Frauenrechte in Afghanistan zu respektieren, zwar öffentliche, aber noch keine politische Resonanz. Mit Beginn des Krieges in Afghanistan änderte sich das: Sowohl die USA als auch Europa konnten mit der «Entdeckung der Frauenrechte» manche Friedens- und Frauenaktivistinnen als wichtige Bündnispartner für die militärische Intervention gewinnen.

### Frauenrechte in den Medien

Die Kriegsberichterstattung zeigt, wie die Medien der Instrumentalisierung von Frauenrechten zuarbeiten. Die Rolle des Opfers ist zumeist weiblich besetzt. Damit wird implizit oder explizit nach einem Retter und Beschützer – diese Rolle ist traditionell den Männern vorbehalten – verlangt. Auch im Vorfeld des Afghanistankrieges dominierte diese Perspektive, die Frauen wurden vor

allem als Opfer der Taliban gehandelt. Die Bildzeitung schreibt am 27. September 2001: «Talibankrieger vergewaltigen Afghanistans schöne Töchter.»<sup>2</sup>

Die Burka, das Symbol der Frauenunterdrückung schlechthin, war in den Medien allgegenwärtig, mit der militärischen Intervention verschwanden diese Bilder mehr und mehr; die «Entschleierung» der Frauen wurde in Bild und Schrift schließlich mit ihrer Befreiung gleichgesetzt. Der Inszenierungscharakter der Bilder war oftmals offensichtlich. Komplexere Ursachen der Diskriminierung und der Gewalt gegen afghanische Frauen sowie Täter (jenseits der Taliban) werden bis heute wenig thematisiert.

Ob in der Berichterstattung über den Irak oder Afghanistan – Frauen sind zwar Adressatinnen von Hilfe und Unterstützung, ihre politischen Forderungen für eine Beteiligung an politischen und wirtschaftlichen Prozessen aber werden weniger aufgegriffen.

Aufschlussreich ist auch, wer die Frauenrechte einfordert. Nicht selten sind es konservative Politiker, die «zu Hause» nicht gerade den Ruf genießen, sich für Emanzipation und «Geschlechterfragen» einzusetzen. Die «Befreiung der Frau anderswo» wird dann gerne eingebettet in den «westlichen Wertekanon» und in ein «Wir», das so tut, als hätten «Wir» nie für Geschlechtergerechtigkeit kämpfen müssen – oder als sei sie gar vollendet. Das schadet der Achtung der Menschenrechte mehr, als dass es ihnen zum Durchbruch verhilft.

### Frauenrechte in der Zukunft

Völkerrechtlich wurde noch nie ein Einsatz mit der «Erzwingung» von Frauenrechten begründet, und das ist uneingeschränkt zu begrüßen. Frauenrechte lassen sich mit militärischen Mitteln nicht durchsetzen. Frauen sind zwar von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen besonders betroffen – ein «Spezialfall» der Menschenrechte sind sie deswegen aber nicht. Sie brauchen zuallererst politischen Willen – zum Beispiel durch die konsequente Umsetzung des UN-Übereinkommens über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), das eine große Mehrheit von Ländern ratifiziert hat. Zur politischen Legitimation militärischer Interventionen taugen Frauenrechte nicht. Die UN-Resolution 1820 leistet einen wichtigen Beitrag gegen geschlechtsspezifische Menschenrechtsverletzungen im Kriegsgeschehen. Und auch die Ächtung und Sanktionierung sexueller Gewalt setzt politischen Willen voraus. Brigadegeneral a. D. Helmut W. Ganser ist zuzustimmen, wenn er eine «ehrliche» Begründung für militärische Interventionen einfordert, wie er es jüngst auf einer Tagung der Heinrich-Böll-Stiftung tat. Die Kriegs- und Sicherheitslogik hat mit Frauenrechten wenig am Hut. Das zeigt sich sehr schnell dann, wenn mit dem Argument «Sicherheit zuerst!» gerade die Rechte der Frauen und ihre politische Partizipation auf der Strecke bleiben. ■■■

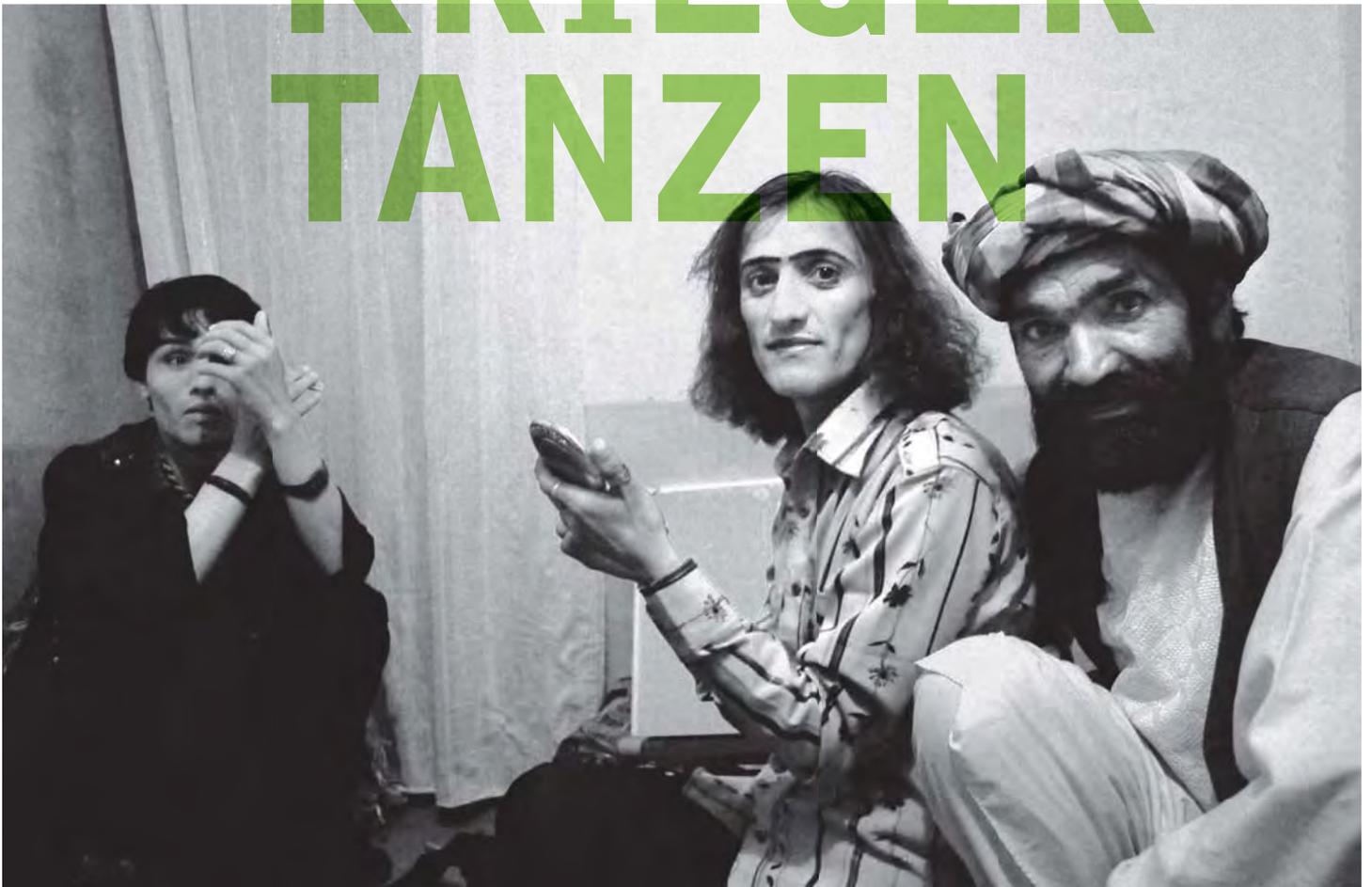
<sup>1</sup> Klaus, E./S. Kassel (2008): «Frauenrechte als Kriegslegitimation in den Medien», in: Dorer, J.; Geiger, B. und R. Köpl (Hrsg.): *Medien – Politik – Geschlecht: Feministische Befunde zur politischen Kommunikationsforschung*, S. 276.

<sup>2</sup> Dank an A. Nachtigall: *Frauen(rechte) als Legitimation für militärische Intervention in den Medien*, eine Recherche (2010) für das Gunda-Werner-Institut, unveröff.



**Barbara Unmüßig**, Vorstand der Heinrich-Böll-Stiftung. Jüngste Veröffentlichung: NGOs in der Klimakrise, in: Brunnengräber, Achim (Hrsg.): *Zivilisierung des Klimaregimes. NGOs und soziale Bewegungen in der nationalen, europäischen und internationalen Klimapolitik*, Wiesbaden 2011.

# DIE FÜR DIE KRIEGER TANZEN



---

**Sie werden in Frauenkleider gesteckt und sexuell missbraucht: Das Schicksal der «Dancing-Boys» in Afghanistan hilft zu verstehen, warum Männer anderen Männern sexuelle Gewalt antun.**

---

VON MARTIN REICHERT

---

**A**ls «Dancing Boys» wurden sie nach dem Beginn des Afghanistan-Krieges im Jahr 2001 bekannt, die «Bacha Bazi»: bartlose Jungen im Alter zwischen 11 und 16, die in Frauenkleider gesteckt werden, um zu tanzen und anschließend sexuell gefügig zu sein. Die Täter: mächtige Stammesfürsten, unter ihnen: Taliban-Krieger.

Seit dem Einmarsch der internationalen Truppen in Afghanistan, das sich nun schon seit dem Jahr 1978 nahezu ununterbrochen im Ausnahmezustand befindet, berichten die Medien immer mal wieder über dieses irritierende Phänomen: homosexuelle Exzesse in einem traditionellen, muslimisch geprägten Land? Warum steckt man Frauen in eine Burka und kleine Jungen in Frauenkleider? Sind die Taliban schwul? Oder Kinderschänder? Oder beides? Die journalistischen Beiträge zeugen meist von Unverständnis: «Kandahar out of the Closet!» «Aus dem Schrank kommen» – so bezeichnet man im Westen den Prozess des «Coming Out», des öffentlichen Bekenntnisses zur Homosexualität. Niemand kann jedoch «schrankschwul» sein in einem Land, in dem es Homosexualität als identitäre Kategorie gar nicht gibt.

Das Phänomen der «Dancing Boys» hilft vielmehr, das Wesen mann-männlicher Sexualität, insbesondere in Kriegs- und anderen Ausnahmezuständen, zu verstehen. Sexualität unter Männern ist in weiten Teilen der Welt, auch in der westlichen, nach wie vor ein Tabu. Wahr aber ist, dass es im Rahmen kriegerischer Auseinandersetzungen immer wieder auch zu sexueller Gewalt von Männern gegen Männer kommt, also auch zu Vergewaltigungen. Diese werden jedoch aufgrund des übermächtigen Tabus weder von den Opfern noch von den zuständigen, meist noch immer männlich dominierten juristischen Instanzen thematisiert.

Der Verkehr mit Jungen in Frauenkleidern ist offensichtlich eine Variante mann-männlicher Sexualität. Es waren die schon erwähnten Taliban selbst, die vor ihrer Entmachtung gegen die afghanische Tradition der «Dancing Boys» vorgegangen waren. Unter ihrer Herrschaft wurde mann-männliche Sexualität nach der Sharia bestraft, die Beschuldigten wurden lebendig unter umgestürzten Mauern begraben. Es war ihr Anliegen, einem aus ihrer Sicht

«teuflischen» Treiben ein Ende zu bereiten. Denn Sexualität wird aus streng muslimischer wie auch christlicher oder jüdischer Sicht ausschließlich gutgeheißen, wenn sie der Reproduktion dient.

### **Sexualität wird unter Männern gelebt**

Diese Verteufelung konnte der afghanischen Tradition mann-männlicher Sexualität jedoch keinen Abbruch tun, denn sie hängt eng mit der traditionell und religiös begründeten Geschlechter-Apartheid zusammen. In der patriarchalen Gesellschaft Afghanistans kommen Mann und Frau erst zueinander, wenn sie verheiratet sind. Da eine Hochzeit sehr kostspielig ist, kann dies sehr lange dauern, so mancher junge Mann heiratet erst mit 28 oder noch später. Hinzu kommt, dass Frauen traditionell als unreine Geschöpfe betrachtet werden, deren Berührung zu meiden ist.

Männliche Sexualität wird daher in der Regel unter Männern gelebt. So wenig afghanische Männer in der Öffentlichkeit Hemmungen haben, einander zu berühren, zu umarmen oder zu küssen, so wenig Hemmungen haben sie, miteinander sexuell zu verkehren. So besagt ein afghanisches Sprichwort: Die Frauen sind für Kinder da, die Männer für den Spaß.

Zentral für die männliche Identität ist jedoch die Penetrationslogik, die nicht nur in Afghanistan, sondern auch in den östlichen Ländern des Mittelmeers, dem Mittleren Osten und arabischen Ländern weit verbreitet ist: Wer aktiv ist, also penetriert, ist ein Mann und bewahrt seine Ehre. Wer sich penetrieren lässt, verliert seine männliche Ehre. Er wird zur Frau. Bartlose Jünglinge hingegen, so wie die «Dancing Boys», werden noch nicht als «richtige» Männer betrachtet, daher können sie ihrer Ehre auch noch nicht verlustig gehen.

Der Verkehr mit ihnen wird jedoch nicht als homosexuelle Handlung begriffen, sondern höchstens als Sünde. Man kann diese Lesart mit jener der Sodomie vergleichen, die in den christlichen Ländern bis ins 19. Jahrhundert üblich war. Während man heute unter Sodomie hauptsächlich Verkehr mit Tieren versteht, wurde er seinerzeit auch auf den Analverkehr unter Männern und überhaupt alle Spielarten der Sexualität angewendet, die es jenseits von hete-

•  
**HOMOSEXUELLE  
 EXZESSE IN EINEM  
 MUSLIMISCH  
 GEPRÄGTEN  
 LAND? SIND DIE  
 TALIBAN SCHWUL?  
 ODER KINDER-  
 SCHÄNDER? ODER  
 BEIDES?**  
 •



roseuellem Vaginalverkehr gibt. Erst von Beginn des 20. Jahrhunderts an bildete sich allmählich der Homosexuelle als identitäre Kategorie heraus. Eine moderne Differenzierung, die längerfristig eine Zurückdrängung bis dato durchaus üblicher männlicher Sexualität bewirkte. Es gab nun Homos und Heteros.

In Afghanistan sind diese modernen identitären Konstruktionen nicht relevant. Es gibt dort zwar auch Männer, die ausschließlich gleichgeschlechtlich lieben, diese würden sich aber nicht als schwul bezeichnen. Wie alle heiraten auch sie früher oder später und gründen eine Familie – und sobald sie das 17. oder 18. Lebensjahr erreicht haben, werden sie offiziell darauf bestehen, den aktiven – penetrierenden – Part zu übernehmen.

#### **Die Frauenkleider sollen den Charakter der sexuellen Ersatzhandlung betonen**

Bei den afghanischen «Dancing Boys» handelt es sich in der Regel nicht um Kinder, sondern um Jünglinge, die zwar «bartlos» sind, aber doch im Stand zumindest sexueller Reife. Da sie noch keine Män-

#### **«Dancing Boys»**

«Bacha Bazi» ist eine Praxis, die, übersetzt aus dem Persischen, «Mit Jungs spielen» bedeutet. Vorpubertäre Knaben und Jugendliche werden als «Dancing Boys» an wohlhabende bzw. mächtige ältere Männer verkauft, um diesen mit Tanz, Gesang und sexuellen Gefälligkeiten zu Diensten zu sein.

Im südlichen Afghanistan werden noch immer viele «Dancing Boys» von lokalen Machthabern als Statussymbol gehalten. Die sehr alte Tradition der «Dancing Boys» in Zentralasien wurde nach dem 1. Weltkrieg sukzessive schwächer, die permanenten kriegerischen Auseinandersetzungen in Afghanistan und die damit einhergehende Schwächung der staatlichen Zentralgewalt beförderten das Wiederaufleben dieser Tradition.

ner sind, ist es für sie aus afghanischer Sicht weder identitär beschädigend, wenn sie in Frauenkleider gesteckt werden, noch, wenn sie mit älteren Männern Sex haben – im Gegenteil betonen die Frauenkleider den Charakter der sexuellen Ersatzhandlung, der Kostümierung und des «Als ob» dieser Zwischenphase. Sobald ihnen die Barthaare sprießen, ist das Dasein als «Dancing Boy» beendet. Die Herausforderung für die jungen Männer besteht nun darin, ihre männliche Rolle aktiv anzunehmen. Erst dann wird ihre frühere Rolle der Vergessenheit anheimgegeben.

Die «Dancing Boys» übernehmen diese Rolle nicht freiwillig, sondern werden meist aus materiellen Gründen dazu gezwungen. Es sind Waisen und Kinder von Armen, die von ihren Eltern in eine andere «Obhut» gegeben werden. Manche von ihnen versuchen, ihrem Schicksal zu entfliehen, und werden entweder mit Gewalt zum Bleiben gezwungen oder umgebracht. Andere wiederum verbergen ihre voranschreitende Adoleszenz, um weiterhin materiell versorgt zu bleiben. Es besteht ein offensichtliches Macht- und Abhängigkeitsverhältnis zwischen ihnen und ihren «Gönnern».

#### **Was die Rolle der Geschlechter betrifft, ist der Abstand zum Westen nicht so groß**

Die Tradition mann-männlicher Sexualität in Afghanistan sorgt auch bei den dort stationierten westlichen Soldaten für einige Verwirrung. So berichteten australische Soldaten entsetzt, dass sie von Paschtunen-Kriegern berührt und gestreichelt wurden, wobei diese kussartige Laute von sich gegeben hätten. Soldaten erhalten freundliche Einladungen zum Sex oder werden zu unfreiwilligen Zeugen mann-männlicher Sexualität verbündeter Afghanen in militärischen Anlagen – und dienen gleichzeitig in Armeen, die Homosexualität nicht wirklich akzeptieren: Don't ask, don't tell.

Die Zustände in Afghanistan werden oft mit jenen des Mittelalters verglichen, was aber die Rolle der Geschlechter angeht, so ist der Abstand zu den westlichen Gesellschaften nicht ganz so groß. Die europäische Freizügigkeit in Fragen der Sexualität und besonders in der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter ist noch recht jung.

Die «Dancing Boys» in Afghanistan sind Ergebnis einer bislang chancenlosen Modernisierung des Landes, die vor 1979 in Teilen bereits auf den Weg gebracht worden war. Wären Mann und Frau in Afghanistan gleichberechtigt, so gäbe es bald auch keine «Dancing Boys» mehr. Gäbe es in Afghanistan eine Zivilgesellschaft, dann gäbe es stattdessen bald auch «bekenkende», moderne Homosexuelle.

Die «Dancing Boys» von Afghanistan erfahren derweil so viel internationale Aufmerksamkeit, weil sie auch aufgrund ihrer auffälligen Erscheinung sichtbar werden und sich in die überlieferte, fassbare Logik der Vergewaltigung und des Missbrauchs einordnen lassen: Jungen werden zu kleinen Mädchen gemacht

und penetriert – auf diese Weise werden Jungen als Opfer sexueller Gewalt leichter denkbar. Ihre Verkleidung sticht dem westlichen Beobachter ebenso irritierend ins Auge wie die verhüllende Burka – in der Tat bekleiden beide Formen von Gewand dasselbe Problem, nämlich einen restriktiven Umgang mit Sexualität. Doch unter diesen sichtbaren Formen systemisch bedingter Repression verbirgt sich noch eine ganz andere Dimension sexueller Gewalt: die von Männern gegen Männer.

So wurden laut UN-Schätzungen rund 80 Prozent der in Konzentrationslagern gefangen gehaltenen Männer während des Jugoslawienkonflikts vergewaltigt – von Männern. Überliefert sind auch größere Zahlen von mann-männlichen Vergewaltigungen im Kongo oder auch in Ruanda, jeweils im Rahmen von Kriegshandlungen. In diesen Fällen werden erwachsene Männer von ebenfalls erwachsenen Männern vergewaltigt – penetriert –, um diese ihrer Würde zu berauben, zu erniedrigen. Sie werden zu Frauen gemacht. In der Tat geht es bei diesen Vergewaltigungen also darum, die (Geschlechts-)Identität von Menschen zu vernichten.

Mann-männliche Vergewaltigungen werden in Kriegszusammenhängen genauso wenig öffentlich wie im zivilen Leben oder etwa in Gefängnissen. Sowohl die Opfer als auch die Gesellschaft, die für die Ahndung dieser Verbrechen in die Verantwortung gezogen werden müsste, sind mit dieser Form von sexueller Gewalt überfordert. Eben weil sie das Tabu mann-männlicher Sexualität berührt.

Aus menschenrechtlicher Sicht sind die «Dancing Boys» jedenfalls ein Phänomen, das zu Recht zu denken gibt. Sie verweisen darauf, dass das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung nicht nur in Afghanistan, sondern auch in weiten Teilen der Welt nicht in Anspruch genommen werden kann. Weder von Männern noch von Frauen. ■■■



**Martin Reichert** ist taz-Redakteur und Buchautor. Für seine Reportage über Schwule und Lesben im Libanon erhielt er den Felix-Rexhausen-Preis. Zuletzt berichtete er im August 2010 über Schwule im Irak.

# MÜTTER ODER MONSTER?



**In Ruanda sitzen zurzeit etwa 2.000 Frauen wegen Beteiligung am Völkermord in Haft, unter ihnen Bäuerinnen, Richterinnen, Journalistinnen. Ihre Geschichten belegen: Frauen waren nicht nur Opfer des Völkermords. Sie waren auch Täterinnen.**

VON NICOLE HOGG

**W**eibliche Rollenmuster waren in der Zeit vor dem Völkermord in Ruanda klar definiert: Frauen kümmerten sich um die Kinder, bewirteten Gäste, machten den Haushalt und berieten ihre Ehemänner. Auf dem Land war es etwas anders: Dort stand fast jedem vierten Haushalt eine Frau vor.

Im politischen Leben spielten Frauen eine eindeutig untergeordnete Rolle. Zwar gab es 1992 drei Ministerinnen, und zwölf von 70 Abgeordneten im Parlament waren Frauen; auf den mittleren und unteren Ebenen der Verwaltung fehlten sie jedoch fast vollständig. Die mächtigsten Frauen Anfang der 1990er Jahre in Ruanda waren die Premierministerin Agathe Uwilingiyimana, eines der ersten Opfer des Völkermords, sowie drei Täterinnen: Agathe Habyarimana, die einflussreiche Frau des Präsidenten, Pauline Nyiramasuhuko, Ministerin für Familie und Frauen, und Agnes Ntamabyaliro, die Justizministerin.

Angaben darüber, wie viele Ruander sich aktiv am Völkermord beteiligten, gehen weit auseinander. Für Ruanderinnen sind die Zahlen noch weniger zuverlässig. Der Anteil von Frauen unter den wegen Völkermord Inhaftierten beläuft sich auf unter sechs Prozent; tatsächlich muss man wohl von einer hohen Dunkelziffer ausgehen. Zu viele Fälle sind dokumentiert, in denen Ruanderinnen Tutsi aus ihrer Nachbarschaft zu Tode geprügelt, ihre Verstecke verraten und zum Morden aufgehetzt haben. Etwas klarer scheint die soziale und gesellschaftliche Zuordnung der Täterinnen zu sein: Es waren eher Frauen in Leitungs- und Machtpositionen, die sich aktiv am Völkermord beteiligt haben.

## **Richter und Staatsanwälte nehmen Frauen als Täterinnen nicht ernst genug**

Wie kommt es, dass trotzdem nur vergleichsweise wenige von ihnen angeklagt und verurteilt wurden? Ein Grund ist sicher, dass das Justizsystem Ruandas stark überfordert ist. Gerald Gahima, ehemaliger Generalstaatsanwalt Ruandas: «Staatsanwälte bringen gerne nur die simpelsten Fälle zur Anklage. Eine schwierige Beweislage macht mehr Arbeit.»

Hinzu kommt das traditionelle, oben beschriebene Rollenverständnis. Auch wenn die Rolle der Frau schon vor dem Völkermord bisweilen von der Norm abwich, sie galt noch lange nicht als stark, selbstbestimmt oder gar den Männern ebenbürtig. Vor Gericht beriefen sich die Täterinnen dann auch auf die gesellschaftlich anerkannten weiblichen Attribute: Sie seien von Männern gezwungen worden, hätten aus Angst gehandelt oder nur beratende Funktion gehabt. Staatsanwälte und Richter ließen sich entweder von dieser Argumentation beeindrucken oder führten sie sogar ihrerseits ins Feld. Anders ausgedrückt: Sie nahmen Frauen als Täterinnen nicht ernst.

Tatsächlich war ihnen ein Verbrechen oft auch schwerer nachzuweisen. Die ehemalige Vizepräsidentin von Ruandas Oberstem Gerichtshof, Marie-Josée Mukandamage, sagt dazu: «Frauen gehörten in der Regel nicht den Todesschwadronen an, aber sie unternahmen auch nicht viel, um anderen zu helfen. Sie waren darauf konditioniert, zu denken, es sei normal, dass Tutsi sterben. Und hinterfragten nicht.»

Einige Nichtregierungsorganisationen in Ruanda behaupten, der Völkermord hätte vermieden werden können, wären mehr Frauen an der Macht gewesen.

Diese Behauptung fußt auf der Annahme, Frauen seien von Natur aus weniger gewaltbereit als Männer. Beweisen kann man das nicht, und mit der Realität lässt es sich kaum vereinbaren. Auf der Liste der Genozidverbrecher der Kategorie 1, das heißt der Hauptschuldigen am Völkermord, finden sich auch 47 Frauen.

Zu diesen Hauptangeklagten gehören neben Prominenten auch weniger bekannte Frauen. Interessant ist der Fall von Anne-Marie Nyirahakizimana. Sie hatte es im ruandischen Militär bis zum Major gebracht. 1999 wurde die damals 46-jährige Mutter dreier Kinder als Täterin der Kategorie 1 zum Tode verurteilt. Sie war angeklagt worden, 1994 Mitglieder der Interahamwe-Milizen dazu aufgefordert zu haben, zu töten und zu plündern. Dieser Befehl gilt als Auslöser für das Massaker von Gikondo.

Zu ihrer Verteidigung sagte Nyirahakizimana, sie sei machtlos gewesen, habe sogar noch Menschen gerettet. Die Milizen hätten die Opfer unter Androhung von Gewalt mit sich geführt, und sie als Frau habe nichts dagegen tun können. Zudem habe sie als Ärztin – ihr ursprünglicher Beruf – versucht, Menschen zu retten. Das Gericht nahm ihr das jedoch nicht ab und verurteilte sie «aufgrund der brutalen, völkermörderischen Taten» zum Tode. Nicht immer haben die Gerichte so klar unterscheiden können zwischen weiblichen Opfern und Täterinnen.

Zu den Institutionen, die vor und während des Völkermords eine führende Rolle gespielt haben, gehört auch die Katholische Kirche. Consolata Mukangango, bekannt als Schwester Gertrude, war Oberin des Konvents im Kloster von Sovu in Butare. Gemeinsam mit ihrer Kollegin Julienne Mukabutera, genannt Schwester Maria Kizito, hatte sie in Belgien Asyl beantragt. Dort wurde ihnen der Prozess gemacht: Das Urteil im Juni 2001 lautete auf mehrfachen Mord und Mordversuch und 15 beziehungsweise 12 Jahre Gefängnis.

Schwester Gertrude hatte nach Erkenntnis des Gerichtes 3.500 Flüchtlingen Nahrung verweigert, die nach Beginn der Massaker im Gesundheitszentrum von Sovu Zuflucht gesucht hatten. Dabei blieb es nicht: Als das Zentrum angegriffen wurde, flohen die Menschen ins Kloster. Schwester Gertrude rief Polizei und Soldaten, um die Flüchtlinge zurücktreiben zu lassen. Dort gab Schwester Kizito den Interahamwe-Milizen Benzin mit der Anweisung, die Flüchtlinge zu übergießen und anzuzünden; anschließend plünderte Schwester Kizito die Leichen aus. Schwester Gertrude, die Zeugin dieser Gräueltat geworden war, ließ auch noch die restlichen Flüchtlinge aus dem Kloster vertreiben.

### Einige Theorien erklären sie zu Ungeheuern, entmenschlichen sie

Diese Frauen und die ihnen zur Last gelegten Taten stehen im Widerspruch zu feministischen Theorien, die behaupten, Frauen seien – entweder von Natur

•

## «ICH GLAUBE, FRAUEN TRAGEN AM VÖLKERMORD GLEICHVIEL SCHULD WIE MÄNNER»

•

Des Völkermordes  
verdächtige Insassin  
im Zentralgefängnis von  
Kigali



**Nicole Hogg** war Rechtsberaterin des Roten Kreuzes in der Pazifikregion. Sie hat einen MA in Jura von der McGill University. Für ihre Abschlussarbeit führte sie zahlreiche Interviews in Ruanda und sprach unter anderem mit 71 Frauen, die wegen des Verdachts der Beteiligung am Völkermord in Haft sitzen.

aus oder durch Prägung – nicht gewalttätig. Wie lassen sich diese Theorien mit dem vereinbaren, was Frauen während des Völkermords taten?

Die schlichteste Antwort ist, ihnen das Frausein abzusprechen. So sagte etwa eine ruandische Feministin, die ehemalige Familien- und Frauenministerin Pauline Nyiramasuhuko sei keine Frau – sie habe sich stets wie ein Mann aufgeführt.

Eine andere, häufig zu findende Erklärung ist, die Täterinnen in Ruanda seien Ungeheuer. Diese Wortwahl greift auf die Theorie der «bösen Frauen» zurück, wie sie bei feministischen Kriminologinnen zu finden ist: Frauen, von denen man meint, sie hätten schwerwiegend gegen gesellschaftliche Normen verstoßen, sind danach keine Frauen, denn «richtige Frauen» begehen keine Verbrechen. Auch der «männlichen Ritterlichkeit» werden sie als nicht würdig erachtet. Man erklärt sie zu Zwischenwesen, zu Ungeheuern. Man entmenschlicht sie.

Ein anderer Erklärungsversuch besagt, dass die Frauen, die in Ruanda Machtpositionen hatten, von Männern beeinflusst und beherrscht wurden. Folgt man dieser Argumentation, bedeutet es, dass Frauen in Führungspositionen nicht in der Lage sind, eigenständig zu denken und zu handeln. Zu den oben beschriebenen Täterinnen passt diese Annahme nur schwer. Sie missachtet auch, dass diese Frauen es nur durch ihre Intelligenz, ihre Begabung und Zähigkeit geschafft haben, in die Domäne der Männer einzudringen.

Was also bleibt? Es bleibt vernünftigerweise die schlichte Erkenntnis, der sich die Autorin dieses Textes anschließt, dass die Frauen, die am Völkermord beteiligt waren, als Menschen wahrzunehmen und zu beurteilen sind. Als Menschen, die sowohl viel Gutes wie auch viel Schlechtes bewirken können.

Nicht alle Frauen, die in Ruanda Führungspositionen bekleideten, haben den Völkermord unterstützt. Unter denen, die sich an dem Völkermord beteiligt hatten, handelten manche tatsächlich aus Angst, wie immer man das bewerten mag. Andere wiederum hielten dagegen und beschützten befreundete Tutsi. Wieder andere waren aus tiefster Überzeugung Täterinnen und gingen mit großer Brutalität vor. Sowohl der Versuch, ihr Verhalten zu entschuldigen, als auch, es als Bruch der üblichen Geschlechterrollen zu verurteilen, führt zu einem stereotypen Frauenbild und wird der Vielschichtigkeit, in der Frauen Gewalt erfahren und ausüben, nicht gerecht. ■■■

Aus dem Englischen übersetzt und bearbeitet von Bernd Herrmann  
Dies ist eine gekürzte Version des Artikels «Women's participation in the Rwandan genocide: mothers or monsters?». Die englische Vollversion ist hier zu finden:

[www.cicr.org/eng/assets/files/other/irrc-877-hogg.pdf](http://www.cicr.org/eng/assets/files/other/irrc-877-hogg.pdf)

# DAS PROMI- PROBLEM

---

Kriegsopfer ist im Kongo nicht gleich Kriegsopfer. Dank prominenter Fürsprecher wird vergewaltigten Frauen bevorzugt geholfen. Die Wurzeln der Gewalt entfernt man so nicht.



**P**anzi ist einer der ärmsten Stadtteile von Bukavu. Die Hauptstadt der kongolesischen Provinz Süd-Kivu liegt trügerisch schön am Ufer des Kivu-Sees, sie wächst schnell, immer neue Lehmhütten kleben an den Hügeln des Seeufers, manche schwemmt es in der Regenzeit wieder weg. Rostige Wellblechdächer, wohin man schaut, mittendrin wie eine Festung das Panzi-Hospital. Ein bewachtes Eisentor, Mauern, dahinter solide, steinerne Flachbauten mit Krankensälen, OP-Räumen, Labors. Die Patientinnen schlurften, so sie denn gehen können, in Flip-Flops und Wickelröcken über das Gelände. Immer öfter tauchen auch weiße Besucher auf – Politikerdelegationen, Filmstars, Reporter aus Europa und den USA. Das Panzi-Hospital ist über die Grenzen des Kongo bekannt, es ist ein internationaler Fixpunkt im «Krieg gegen die Frauen». Die Ärzte sind auf die Behandlung von Vergewaltigungsopfern spezialisiert.

«Welthauptstadt der sexuellen Kriegsgewalt», «Schauplatz eines Femizids», «Ort der Zerstörung der weiblichen Spezies». So beschreiben UN-Vertreter und westliche Aktivistinnen wieder die Situation im Ostkongo. Spendenkampagnen werden initiiert, Aktionspläne und Koordinationsstrategien gegen «gender based violence» (GBV) ent-

wickelt. Das Problem ist nur: Die These vom «Femizid» stimmt ebenso wenig wie die Schlagzeile vom «Krieg gegen die Frauen». Allen guten Absichten jener zum Trotz, die selbiges weiterhin behaupten: Solche Zuspitzungen verkennen das Problem. Und sie behindern seine Bekämpfung.

Der Kongo hat zwischen 1996 und 2002 zwei verheerende Kriege erlebt, am zweiten beteiligten sich fast sämtliche Länder der Region. Manche Hilfsorganisationen gehen von bis zu fünf Millionen Toten aus – viele sind durch Massaker, Bombardierungen und in Schlachten gestorben, die meisten an kriegsbedingten Seuchen und Hunger.

Ursachen und Akteure dieser Kriege sind eng verwoben mit anderen Konflikten in der Region: in Ruanda und Burundi, im Sudan, Uganda, Angola. Es ging und geht dabei um Teilhabe an politischer Macht und Zugang zu Rohstoffen, um ethnische Zugehörigkeit, maskuline Identität und verdrängte Verbrechen der Vergangenheit. Ursachen also, die Europäern gut bekannt sind, die aber in den westlichen Medien weiterhin gern unter der Rubrik «Herz der Finsternis» oder «afrikanische Stammeskriege» zusammengefasst werden.

### Pilgerstätten der Presse

In die internationalen Schlagzeilen rückte der Kongo erst vor einigen Jahren, als wir Journalisten für einen komplizierten Konflikt, dessen schlimmste Phase vorbei war, ein einfaches Narrativ gefunden hatten: das Narrativ des Krieges der Rebellen und Soldaten gegen die Frauen, ausgeführt mit der Waffe der Vergewaltigung. Immer mehr ausländische Reporter (auch die Autorin dieses Beitrags) tauchten im Panzi-Hospital in Bukavu und im Heal Africa-Krankenhaus in Goma auf, den beiden einzigen Behandlungszentren für Opfer sexualisierter Kriegsgewalt im Kongo. Die Berichterstattung hat den kongolesischen Ärzt/innen und Pfleger/innen Anerkennung und dringend benötigtes Geld für ihre Arbeit verschafft. Aber sie

bringt auch höchst ambivalente Folgen mit sich. Beide Hospitäler sind in den vergangenen Jahren zu Pilgerstätten weißer Prominenz und Presse geworden: Hollywood-Stars wie Ben Affleck, Charlize Theron oder George Clooney machen Stippvisiten bei den Opfern, europäische Politiker lugen in die Krankensäle, Filmteams lassen sich von Patientinnen immer wieder die Details ihrer Vergewaltigung schildern. Böse Zungen nennen das inzwischen «rape tourism», Vergewaltigungstourismus.

Der immanente Voyeurismus ist ein Problem, die paternalistische Wahrnehmung ein anderes: Engagierte Weiße haben wieder einmal ein besonders böses Kapitel des afrikanischen Elends aufgedeckt und die Welt aufgerüttelt. Die Kongoles/innen tauchen in dieser Dramaturgie entweder als wehrlose Opfer in Gestalt der Frauen oder als barbarische Täter in Gestalt der Rebellen und Soldaten auf. Dass es in Bukavu seit über zehn Jahren lokale Protestmärsche gegen Kriegsgewalt gibt, kommt in dieser «Dramaturgie» ebenso wenig vor wie der Umstand, dass nicht weiße Promis, sondern kongolesische Aktivist/innen all diese Menschenrechtsverletzungen recherchieren. Die riskieren dabei oft ihr Leben.

Sexuelle Gewalt in bewaffneten Konflikten gilt inzwischen als Kriegsverbrechen und als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das ist eine der juristischen Lehren aus dem Völkermord in Ruanda sowie den Kriegen in Bosnien, Sierra Leone und Liberia. Es ist auch ein bitter erkämpfter Erfolg von Frauenrechtlerinnen gegen das alte Dogma, wonach Vergewaltigungen eine «normale Begleiterscheinung» von Kriegen seien.

### Motive der Gewalttäter

Einige der Rebellengruppen im Ostkongo setzen sexualisierte Gewalt als Kriegsstrategie ein. Das gilt vor allem für die FDLR, die «Demokratischen Kräfte zur Befreiung Ruandas», hervorgegangen aus jenen Hutu-Truppen, die 1994 den Völkermord in

Ruanda verübten und sich seit ihrer Flucht über die Grenze in den Kongo in Teilen der Kivu-Provinzen als Okkupationsmacht etabliert haben. Das gilt nicht für Angehörige der kongolesischen Armee, die für einen großen Teil der Vergewaltigungen verantwortlich gemacht werden.

Die schwedischen Konfliktforscherinnen Maria Eriksson Baaz und Maria Stern haben drei Jahre lang über 200 kongolesische Soldaten und Offiziere zu sexualisierter Kriegsgewalt befragt – ein politisch inkorrektes, aber sehr erhellendes Unterfangen. Heraus kam nicht das Bild einer machtstrotzenden Truppe, die auf Befehl vergewaltigt, um eine andere Ethnie zu vernichten (wie in Ruanda oder Bosnien) oder einen Kriegsgegner zu bestrafen (wie die Rote Armee im Zweiten Weltkrieg). Heraus kam ein Bild ebenso zerstörender wie zerstörter Männlichkeit. Die Motive und Begründungen der Soldaten reichen von «Triebbefriedigung», die sie für «naturgegeben und unkontrollierbar» halten, über massiven Drogenkonsum oder Bestrafung für «fehlenden Respekt der Zivilisten» bis zu eigenen Kriegserfahrungen, die einen «in totale Zerstörungswut» trieben. Viele der Befragten sind sich der verheerenden Wirkung ihrer Taten bewusst und rechnen mit Strafe. Nicht durch die Justiz, die immer noch weitgehend funktionsunfähig ist, sondern durch Gott oder Geister.

### Für Prävention spendet keiner

Armee und Justiz zu reformieren, ist eine der zentralen Strategien im Kampf gegen sexualisierte Gewalt – und sie ist im Kongo eine Aufgabe für die nächsten dreißig Jahre. Die Gespräche mit den Soldaten und konkrete Erfahrungen in einigen wenigen Projekten zeigen, dass kurzfristig auch andere Ansätze wirken können: zum Beispiel die Konfrontation von Soldaten mit betroffenen Frauen oder mit männlichen zivilen Autoritäten wie traditionellen Chefs, Geistlichen und Politikern, die auf einer Ächtung der Gewalt gegen Frauen pochen. Doch entsprechende Projekte erhalten von internationaler Seite kaum Unterstützung. Spendengelder für die Präventionsarbeit mit potenziellen Tätern passen nicht ins Schema des «Krieges gegen die Frauen».

Eriksson und Stern verweisen auf ein zweites Problem: «Gender based violence» wird mit sexueller Gewalt gegen Frauen gleichgesetzt. Sie trifft aber nicht nur Frauen. Auch Männer und Jungen werden vergewaltigt – weitaus seltener als Frauen

## ARMEE UND JUSTIZ ZU REFORMIEREN IST EINE DER ZENTRALEN STRATEGIEN IM KAMPF GEGEN SEXUALISIERTE GEWALT



**Andrea Böhm**, Jahrgang 1961, ist Redakteurin bei der Wochenzeitung DIE ZEIT. Sie befasst sich unter anderem mit internationaler Strafjustiz, der Debatte über humanitäre Interventionen, Staatsaufbau und Konfliktprävention. Sie berichtet regelmäßig aus ehemaligen und akuten Konfliktgebieten wie dem Kongo, Bosnien, dem Kosovo, Kenia oder dem Sudan. Ihr Buch «Gott und die Krokodile – eine Reise durch den Kongo» erscheint im Februar 2011 im Pantheon Verlag.

und Mädchen, aber offenbar häufiger als angenommen. Männer werden darüber hinaus häufig Opfer gezielter tödlicher Gewalt. Der Genozid von Srebrenica, wo Männer und Jungen aussortiert und erschossen wurden, war ein «gender crime». Ähnlich organisierte Massaker, wenn auch mit weit weniger Toten, sind im Kongo passiert.

«Gender based violence» ist ein analytischer Begriff, um den Zusammenhang zwischen Gewalt und Geschlechtszugehörigkeit genauer zu verstehen. So, wie er im Kongo eingesetzt wird, führt er jedoch zu einer Hierarchisierung der Opfer. Rebellen wie Armeesoldaten verüben Vergewaltigungen meist zusammen mit Plünderung, Verschleppung und Zwangsrekrutierung. Es ist kein «Krieg gegen Frauen», der hier stattfindet, sondern ein alltäglicher Terror gegen die Zivilbevölkerung mit oft geschlechtsspezifischen Verbrechen. Bei der Bevölkerung aber entsteht der Eindruck, die internationalen Helfer interessieren sich für bestimmte Gräueltaten mehr als für andere.

### Es gibt andere Wege zum Frieden

In Bukavu treten sich inzwischen unzählige Hilfsorganisationen auf die Füße, die sich den «Kampf gegen GBV» auf die Fahnen geschrieben hatten. Manche leisten hervorragende Arbeit, bei anderen scheint der Fuhrpark an Geländewagen größer als ihr Aktionsradius. Auf der anderen Seite fehlt es an Geld für die Betreuung ehemaliger Kindersoldaten, für eine rudimentäre Gesundheitsversorgung und andere Infrastruktur. Ein kongolesischer Anwalt, dessen NGO in Bukavu unter anderem Vergewaltigungsopfer vor Gericht vertritt, wurde unlängst gefragt, was er mit einer – rein hypothetischen – Spende von zehn Millionen Dollar anfangen würde. «Straßen bauen», antwortete er zur Verblüffung seiner ausländischen Zuhörer. Eine Straße holt ein kriegszerrüttetes Dorf zurück in die Welt. Es wird schneller erreichbar für UN-Blauhelme (die durchaus einiges zum Schutz der Bevölkerung unternehmen). Die Transportkosten und damit die Preise für Waren sinken dramatisch. Frauen haben einen sichereren Weg zum Markt. Kranke und Verwundete, auch Opfer sexueller Gewalt, erreichen schneller das nächste Hospital. «Eine Straße», bemerkte der Anwalt mit dem Sarkasmus derer, die Katastrophen nicht nur beschreiben, sondern in ihnen leben müssen, «hilft allen. Denen, die vergewaltigt worden sind. Und denen, die noch nicht vergewaltigt worden sind.» ■■■

# «ANNÄHERUNG. ANGRIFF. PENETRATION»



**Gefechts- und Geschlechtskampf haben vieles gemeinsam. Ein Gespräch mit dem Sozialforscher Professor Rolf Pohl über männliche Bomben, weibliche Waffen und die Sinnlosigkeit der Gender-Trainings bei der Bundeswehr.**



INTERVIEW: UTE SCHEUB

## «ANNÄHERUNG. ANGRIFF. PENETRATION»



**Rolf Pohl** ist Professor für Sozialpsychologie und sexualwissenschaftliche Männlichkeits- und Geschlechterforschung an der Universität Hannover. Er habilitierte mit dem 2004 erschienenen Buch «Feindbild Frau. Männliche Sexualität, Gewalt und die Abwehr des Weiblichen».



**Ute Scheub** ist Publizistin und promovierte Politikwissenschaftlerin in Berlin. Sie hat die taz mitgegründet, den Frauensicherheitsrat und den Verein «Scheherazade», der Frauenprojekte in Afghanistan betreibt.

### **Herr Professor Pohl, warum schildern Soldaten den Krieg immer wieder mit einer sexualisierten Sprache?**

Weil Soldaten ihre kriegerischen Aktionen zumindest auf der metaphorischen Ebene als eine Art Geschlechtskampf sehen, der verschiedenen Stadien folgt: Annäherung, Angriff, Eindringen, Penetration, großartige Explosion. Geschlechtskampf und Gefechtskampf sind sich auch sprachlich nahe. Und viele Männer beschreiben diesen Kampf so euphorisch, als würde es sich wirklich um einen Orgasmus handeln, ich erinnere hier nur an Ernst Jüngers kriegsverherrlichende Schriften über den Kampf als «inneres Erlebnis». Auch bei Wissenschaftlern und Ingenieuren, die neue Waffen konstruieren, herrscht diese sexualisierte Sprache vor. Die US-Wissenschaftlerin Carol Cohn hat 1984 beschrieben, mit welchem Jargon ihr in einem nuklearen Forschungsinstitut die neuesten Waffen vorgeführt wurden. Ihre Gesprächspartner priesen begeistert ihre Waffensysteme: «Überwältigend. Du kriegst mehr Bums fürs Geld.» Die neuen MX-Raketen, vom damaligen US-Präsidenten Reagan «peacekeeper» genannt, sollten nur in der besten Halle untergebracht werden, denn man stecke ja nicht die «hübscheste» Rakete in ein «miserables Loch». In anderen Vorträgen ging es um die besten Abschüsse aus vertikaler Position, «vertical erector launchers».

### **Was spielt sich in diesen Männerköpfen ab?**

Natürlich kann man nicht behaupten, dass diese soldatischen Männer dabei wirklich einen Orgasmus erleben. Aber für sie ist ihre Kampfeslust sexuell und ihre Sexualität gleichzeitig aggressiv bestimmt: sich aufrichten, eindringen, aufreißen, aufspießen, durchbohren, zerstören, wegwerfen. In den 1920er Jahren hielt der Sexualwissenschaftler Wilhelm Reich das für den Ausdruck eines phallischen Narzissmus, zu des-

sen Grundlagen eine allgemeine Geringschätzung der Weiblichkeit und eine Abwertung der Frauen gehört.

### **Dass Gewehre und Waffenrohre als verlängerter Phallus wahrgenommen werden, ist ja schon fast ein Klischee. Aber gleichzeitig tragen sie weibliche Namen. Wie verträgt sich das?**

Das hat eine mehrfache Bedeutung. Einerseits galt bei uns und auch in der US Army: Das Gewehr ist die Braut des Soldaten. Es gab im Vietnamkrieg den Spruch: «This is my rifle, this is my gun, one for the killing and one for the fun». An die Stelle der Frau rückt also das militärische Gerät. Wenn man damit schon kein Leben produzieren kann wie die Frauen, dann kann man wenigstens gigantische Zerstörungen erzeugen und erweist sich damit als Herr über Leben und Tod. Bomben allerdings tragen meist männliche Namen, während Militärflugzeuge oft nach der Mutter der Piloten benannt werden. Vielleicht, weil sie einen Bauch haben, einen Laderaum, aus dem Bomben fallen. Raketenköpfe, die die US Army Richtung Irak abschoss, trugen die Inschrift: «For Saddam with love». Das ist beides gleichzeitig: eine phallische Aufladung von Waffensystemen und eine Armierung und Bewaffnung der eigenen Sexualität. So wie in den Träumen, die ein Patient seinem Psychoanalytiker erzählte: Regelmäßig träume er davon, dass ein Bajonett auf seinem Penis aufgepflanzt ist und er damit Geschlechtsverkehr praktiziert. In der Geschlechterforschung, der feministischen Debatte und der Psychoanalyse ist es ein wenig aus der Mode gekommen, über die sexuelle Dimension dieser Dinge zu reden. Damit wird die Phallokritisierung von Waffen und die Armierung des männlichen Ichs nicht mehr thematisiert – eines unsicheren Ichs, das sich symbolisch oder real bewaffnen muss, um Sexualität überhaupt noch erleben zu können.

### Wieso ist Männlichkeit so fragil?

Männlichkeit ist fragil, weil patriarchalische Gesellschaften von Männern fordern, dass sie autonom, unabhängig und selbstständig zu sein haben. Aber Gesellschaft ist kein Zustand lauter autonomer unabhängiger Subjekte, und vor allem in der Sexualität wird diese Unabhängigkeit fundamental in Frage gestellt. Heterosexuelle Männer begehren Frauen, aber sie hassen gleichzeitig ihr Begehren, weil sie sich als abhängig von Frauen, ihren Körpern und ihrer Sexualität empfinden. Hier ist es nur noch ein kleiner Schritt zum Frauenhass. Wenn ihre vermeintliche Autarkie in Frage gestellt wird, reagieren viele Männer gekränkt und aggressiv.

### Haben Männer im Militär nicht genauso viel Angst vor anderen Männern wie vor Frauen?

Ein Kommandeur und ein Gefreiter haben mir einmal erzählt, wie sie mit ihrer Bundeswehreinheit in den Kosovo abkommandiert wurden und dort ein, zwei Wochen lang ein großes Lager aufbauten. Als sie sich mit den Soldaten in einem Gemeinschaftszelt trafen, fragten sie: «So, Jungs, fehlt noch was?» Und daraufhin kam wie selbstverständlich von allen Seiten: «Wie ist das mit den Frauen, mit Pornografie, mit Prostitution? Kümmert ihr euch um die Beschaffung, oder sollen wir das selbst besorgen?» Der Gefreite konnte es nicht fassen, wie Männer nach etwa zehn Tagen solch einen Sexkoller entwickelten. Offensichtlich ging es dabei aber gar nicht um die Befriedigung aufgetauter sexueller Bedürfnisse, sondern vor allem um den öffentlichen Beweis, dass sie allesamt nicht schwul waren. Die Vermutung der Sexualwissenschaft ist, dass in solchen homosozialen Situationen mit viel Enge, Nähe und Kameradschaft homosexuelle Anteile aktiviert und dann als bedrohlich wahrgenommen werden. Es geht also vor allem um die Abwehr von Homosexualität, wenn Männer ihre Heteronormativität so zwanghaft darstellen müssen. Man(n) will zeigen, dass man ein richtiger Kerl und Soldat ist. Auch bei Kriegsvergewaltigungen sieht man, dass da durchaus homosexuelle Anteile mitspielen, ohne dass das den Tätern selbst zu Bewusstsein kommt.

### Wie das?

Der Prozentsatz von Gruppenvergewaltigungen ist sehr hoch, er beträgt in Zivilzeiten 30 bis 50 und in Kriegszeiten ungefähr 70 Prozent aller Vergewaltigungen. Hier vergewaltigen Männer direkt nacheinander oder gar gleichzeitig eine Frau. Wenn man es etwas verkürzt darstellt, dann begegnen sich Männer in einem zum bloßen Behälter degradierten weiblichen Körper, der allein auf seine Öffnungen reduziert wird. In einer deutschen Aidsberatungsstelle hat sich einmal ein Anrufer gemeldet, der zusammen mit seinen Saufkumpanen eine Frau vergewaltigt hatte. Einer seiner Kumpels, der vor ihm «dran war», erwies sich als HIV-positiv, und nun hatte er Angst, dass er sich im Körper des Opfers an dessen

Sperma angesteckt haben könnte. Solche Männer wollen sich gegenseitig demonstrieren, dass sie nicht homosexuell sind, und praktizieren dabei gleichzeitig eine pervertierte gewalttätige Form von Homosexualität, deren Abwehr mit dem Hass auf das zugleich beehrte und entwertete weibliche Geschlecht einhergeht. Elfriede Jelinek hat in einem ähnlichen Zusammenhang treffend von der «Annihilierung», das heißt von einer völligen Zunichtemachung des weiblichen Körpers und damit der weiblichen Subjektposition, gesprochen.

### Wenn Sie Veranstaltungen mit Militärs machen, wie reagieren die auf Ihre Ausführungen zu sexueller Gewalt?

Bei einer Veranstaltung vor Generälen und Generalanwärtinnen habe ich einmal große Fotos von den Massenvergewaltigungen im chinesischen Nanking durch das japanische Militär gezeigt – und bin auf eine Wand von Abwehr gestoßen. Niemand wollte darüber reden oder sich gar darauf einlassen, dass das etwas mit Männlichkeit und männlicher Sexualität zu tun haben könnte. Nur einer wollte in etwas schnarrendem Ton wissen, mit welchen eher technisch verstandenen Anweisungen sie als Kommandeure so etwas verhindern könnten.

### Wie kann man Männer dazu bringen, über ihre Männlichkeit nachzudenken?

Die in der Bundeswehr oder auch bei den UN-Friedenstruppen eingeführten Gender-Trainings sind hier nicht besonders brauchbar. Das darin vermittelte Weiblichkeitsbild basiert auf der Annahme, dass Frauen grundsätzlich verletzlich und potenzielle Opfer sind. Das aber bestärkt die traditionelle Männlichkeit mit ihrem Schutzanspruch gegenüber Frauen und ist tendenziell sogar kontraproduktiv. Die Trainings müssten sich dagegen viel stärker mit Männlichkeit, der männlichen Sexualität und den in ihr eingelagerten Weiblichkeitseinstellungen beschäftigen – wie funktioniert sie und warum ist sie so, wie sie ist? Auf die Bundeswehr bezogen, müsste außerdem viel stärker als bisher die Sexualorganisation rund um die Lager der deutschen Soldaten in den Auslandseinsätzen beleuchtet werden: Wie viel Prostitution, insbesondere Zwangs- und Kinderprostitution, gibt es, und kommt es innerhalb und außerhalb des Militärs zu sexuellen Übergriffen? Das wird bisher von der Bundeswehrführung und der Politik buchstäblich unter der Decke gehalten. Dagegen müsste versucht werden, eine öffentliche Kampagne zu starten, damit das endlich einmal diskutiert wird. ■■■

Das Interview von Ute Scheub wurde in Auszügen ihrem jüngsten Buch entnommen: «Heldendämmerung – die Krise der Männer und warum sie auch für Frauen gefährlich ist», Pantheon 2010. Lesen Sie das Gespräch in voller Länge auf [www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)

# «ES IST SEHR GEFÄHRLICH, SICH ZU WEHREN»

Afghanische Frauen müssen sich nicht nur vor den Taliban fürchten, sondern vor der eigenen Polizei. Kein Wunder, dass die Gesetzeshüter keinen weiblichen Nachwuchs finden.

INTERVIEW: BENTE SCHELLER



•

**«DIE POLIZISTEN FÜHLEN SICH IN IHRER UNIFORM  
MÄCHTIG, WEIL SIE DEN LEUTEN VIEL ÄRGER MACHEN  
KÖNNEN»**

•

Aziza

**Aziza\*, Aufgabe der Polizei ist es, Bürgerrechte zu schützen und für öffentliche Sicherheit zu sorgen. Glauben Sie, dass ihr das gelingt?**

Die Qualität der Polizeiarbeit im Allgemeinen kann ich nicht beurteilen. Ich nehme an, dass es da – wie in jedem anderen Beruf auch – Leute gibt, die sehr gut sind, die ganz in ihrem Job aufgehen. Aber ich sehe oft Polizisten, die Straßenhändler verprügeln und ihre Waren zerstören. Fährt man durch die Stadt, ist es auch üblich, dass Verkehrspolizisten einen abkassieren. Die Beziehungen zwischen der Polizei und der Bevölkerung funktionieren nicht immer gut. Ein Freund von uns wurde in seinem Haus ermordet, und Nachbarn und seine Familie gingen zur Polizei. Die fragte als Erstes, wo sich der Mord denn ereignet habe. Dann schauten sie auf der Karte nach und sagten, für den Bezirk seien sie nicht zuständig. Aber insbesondere Frauen haben es in der Öffentlichkeit schwer mit der Polizei.

**Was sagt oder tut die Polizei, dass Frauen vor ihr Angst haben?**

Wenn eine Frau vorbeikommt, dann machen sie über sie Bemerkungen, wie sie aussieht, was sie trägt ... und sie benutzen dabei wirklich unangemessene Wörter. Wenn man auf der Straße unterwegs ist, selbst in Begleitung eines Mannes, halten sie an, kurbeln das Fenster runter und fragen, ob man mitfahren möchte. Immerhin sind mittlerweile die getönten Fenster verboten worden – auch bei Polizei-

autos. Davor konnte sich niemand sicher sein, was im Wagen vor sich geht. Es gab Gerüchte, Polizisten hätten Mädchen mitgenommen und sie im Wagen vergewaltigt. Manche Polizisten überlassen auch nachts ihren Söhnen das Auto, denn Polizeifahrzeuge kommen überall durch. Die Leute denken natürlich, dass jeder, der ein Polizeiauto fährt, Polizist ist. Dieser Missbrauch von Dienstwagen hat möglicherweise dazu geführt, dass der Ruf der Polizei weiter geschädigt wurde.

**Wie sollten sich Frauen in solchen Situationen verhalten?**

In der Regel hat man dagegen kaum eine Chance. Es ist sehr wichtig, was die Leute von einem denken. Wenn man Ärger macht, bekommt man erst vor Ort Probleme und muss sich später möglicherweise auch noch von der eigenen Familie was anhören. Wenn eine Frau sich bei der Polizei beklagt, wird ihr häufig gar nicht zugehört. Es gibt so eine Art Hotline, da kann man sich beschweren, wenn sich Beamte falsch verhalten. Aber in meinem Bekanntenkreis habe ich noch nie gehört, dass da jemand angerufen hätte. Nur wer einen hochrangigen Beamten persönlich kennt, hat normalerweise eine Chance, das Problem zu lösen.

**Macht Sie das nicht wütend?**

Na ja, meist versuche ich, einfach wegzuhören. Eines Tages, nach einem besonders unanständigen Kom-

\* Aziza, 31, will anonym bleiben. Sie stammt aus Masar und arbeitet gegenwärtig für eine Organisation in Kabul; gleichzeitig studiert sie. Auf ihren täglichen Wegen durch die Stadt muss sie regelmäßig zahlreiche Kontrollpunkte passieren.



Polizeistation in Herat, Afghanistan. Viele Polizistinnen tragen keine Uniform, von Waffen ganz zu schweigen.

mentar von einem Polizisten, habe ich innegehalten und bin zurückgegangen. Ich habe ihn am Kragen gepackt, von seinem Stuhl hochgezogen und gefragt: «Was würdest du denken, wenn deine Kollegen sich gegenüber deiner Schwester oder Tochter so verhalten würden? Denkst du jemals darüber nach? Und was hat deine Uniform zu bedeuten? Bist du dir darüber bewusst, dass du damit ein Repräsentant des Staates bist und dich entsprechend verhalten solltest?» Seine Kollegen sind ihm zu Hilfe gekommen und haben versucht, mich zu beruhigen. «Bitte, lass ihn, wir werden mit ihm reden,» haben sie gesagt. Ich habe die Nummer des Checkpoints notiert und jemanden angerufen, den ich persönlich kenne und der sehr gute Beziehungen hat. Das Personal an diesem Checkpoint wurde ausgewechselt, und nun ist es ruhig. Aber das ist keineswegs üblich.

Ein paar Meter weiter haben die Kerle mir nachgerufen: «Hey Tantchen, wohin geht's denn so?», dabei waren die so ungefähr in meinem Alter. Ich hab mich umgedreht und sie angeschrien: «Euer Tantchen geht studieren!» Seither sind sie da sehr höflich und fragen mich: «Schwester, dürfen wir bitte einen Blick in Ihre Tasche werfen?» Es ist also möglich, etwas zu erreichen, wenn man sie auf ihr Fehlverhalten direkt anspricht. Frauen sollten dabei aber vorsichtig sein. Es ist gefährlich, sich mit der Polizei anzulegen.

#### Inwiefern gefährlich? Was könnte passieren?

Freundinnen von mir wurden von Polizisten um Gefälligkeiten gebeten. Als sie Nein sagten, haben die

•  
**«DEMOKRATISIERUNG UND ÖFFNUNG SIND ZU SCHNELL GEKOMMEN, ALS DASS IHR GEIST DEM HÄTTE FOLGEN KÖNNEN»**  
 •



**Bente Scheller** studierte Politikwissenschaft, promovierte in Berlin und verbrachte mehrere Jahre im Nahen Osten. Seit Oktober 2008 leitet sie das Landesbüro Afghanistan der Heinrich-Böll-Stiftung in Kabul.

Polizisten gedroht, Anschuldigungen gegen sie vorzubringen, gegen die sie sich kaum hätten verteidigen können. Das unangemessene Verhalten der Polizei gefährdet in jedem Fall die öffentliche Sicherheit. Oft konzentrieren sie sich nicht auf ihre eigentliche Arbeit, weil sie zu beschäftigt damit sind, Frauen anzumachen.

#### Warum, glauben Sie, verhält sich die Polizei so? Sind das alte Konservative, die sich nicht daran gewöhnen können, Frauen auf der Straße zu sehen?

Oh nein, das beschränkt sich nicht auf die Alten. Ganz im Gegenteil, viele der Jungen sind unverschämt. Die fühlen sich in ihrer Uniform mächtig, weil sie den Leuten viel Ärger machen können. Sie glauben auch, dass Normen und Gesetze nur für andere gemacht sind, nicht für sie. Demokratisierung und Öffnung sind zu schnell gekommen, als dass ihr Geist dem hätte folgen können. Sie haben nicht gelernt, dass Freiheit auch bedeutet, dass man den anderen weiterhin achten muss.

#### Würden Sie, trotz all dieser Probleme, die Polizei um Hilfe bitten oder ein Verbrechen bei ihr anzeigen?

Wie gesagt, man kann Glück haben und die richtigen Leute kennen. Wenn nicht, gerät man leicht in Schwierigkeiten. Die meisten Polizeibeamten sind ziemlich ungebildet. Sie sind unsicher, wie man sich Frauen gegenüber verhält, und manche haben auch keine Ahnung von Recht und Gesetz. Wie ich gehört habe, hat sich in einigen Bereichen auch etwas gebessert. Wenn junge Frauen von zuhause weglaufen, ist das nach afghanischem Recht kein Verbrechen. In der Vergangenheit haben Polizisten solche Frauen aber häufig eingesperrt oder sie zu ihren Familien zurückgebracht. Beides oft mit schlimmen Folgen. In unserer Gesellschaft gilt eine Frau als schuldig – ganz gleich, ob sie in Untersuchungshaft sitzt oder verurteilt worden ist. Männer denken, sie sei eine unmoralische Person. Daher werden weibliche Gefangene von den Wärtern auf vielerlei Art belästigt. Heute schickt man mehr Frauen stattdessen in Frauenhäuser, aber die gibt es nur in den großen Städten wie Kabul und Masar.

#### Laut aktueller Statistik gibt es gegenwärtig rund 900 Beamtinnen in der afghanischen Polizei. Lassen sich so die Probleme, die Sie beschrieben haben, lösen?

Mehr Polizistinnen zu haben, das ist sicher ein guter Schritt. Auf der Straße wird man diese Beamtinnen jedoch nicht sehen – sie arbeiten in der Verwaltung, im Innendienst. Es wäre interessant von einer Polizistin zu hören, wie es ist, mit diesen Kollegen zusammenzuarbeiten. Solange sich die Polizei so aufführt, wüsste ich nicht, weshalb Frauen dorthin gehen sollten, oder ihre Familie das Vertrauen haben sollte, um weibliche Familienmitglieder bei der Polizei arbeiten zu lassen. ■■■

# WAFFEN- SCHWESTERN

**Deutsche Soldaten verteidigen ihr Territorium in der Bundeswehr nach bewährtem Muster: Soldatinnen seien im Ernstfall schwach und wehrlos und somit ein Sicherheitsrisiko bei Auslandseinsätzen. Das Verblüffende: Viele Soldatinnen sehen das nicht anders.**

VON CORDULA DITTMER

**A**m 25. Oktober 2006, am selben Tag, an dem das neue Weißbuch der Bundesregierung verabschiedet werden sollte, erscheint die Bildzeitung mit der Titelzeile «Schockfotos von deutschen Soldaten». Auf den Bildern sind Soldaten im Einsatz in Afghanistan zu sehen, wie sie mit einem Totenschädel hantieren, ihn auf die Spitze ihres Wagens legen, ihm ihren Penis zeigen und mit ihm Oralsex andeuten. Die darauf folgende Diskussion um den Sinn von Auslandseinsätzen und die Ausrichtung deutscher Außen- und Sicherheitspolitik erreichte in der dritten Novemberwoche 2006 mit der *Spiegel*-Titelstory einen Höhepunkt: «Die Deutschen müssen das Töten lernen. Wie Afghanistan zum Ernstfall wird».

In den Artikeln geht es unter anderem darum, dass die deutschen Soldaten von anderen NATO-Soldaten im Einsatz als Feiglinge bezeichnet werden, weil sie sich aus den Kampfhandlungen im Süden Afghanistans heraushalten. Ein richtiger Soldat zu sein heißt in NATO-Diskursen demnach, zu kämpfen und sich nicht «feige» zu verstecken. Wie sehr diese Diskussion maskulinisiert ist, zeigen die Versuche, diese Vorfälle zu erklären: So erwähnt einer der Soldaten, der an den Fotos beteiligt war, dass es zwar keinen Zwang zur Teilhabe gegeben, er sich aber trotzdem unter Druck gefühlt habe: «Wenn man das nicht mitmacht, heißt es: «Du Weichei, was stellst du dich so an.»



Ein Militärpsychologe erklärt in der Tageszeitung *taz*, dass es «ein Imponiergehabe» unter den Soldaten gebe, welches sich leicht in der Gruppe verselbständige. Zwei ehemalige Generäle forderten als Folge dieser Vorfälle eine Erhöhung des Frauenanteils in Einsätzen: «Ich könnte mir vorstellen, dass der positive Einfluss unserer Soldatinnen so etwas verhindern würde», sagte General Bernd Kiesheyer Ende Oktober 2006. General Klaus Reinhardt wird mit den Worten zitiert: «Der Ton wird ziviler, der zwischenmenschliche Kontakt ist weniger ruppig.»

## Die Soldatin als Schlichterin

Die Beschimpfung von Männern als «Weichei», die Beschreibung männlichen Verhaltens als Imponiergehabe und die Vorstellung, Frauen hätten einen zivilisierenden Einfluss auf das Verhalten von Männern, verdeutlichen, welche Bedeutung Geschlechterverhältnisse für Soldatinnen und Soldaten im Einsatz haben und wie Normen von Männlichkeit im Militär reproduziert werden. In Extremsituationen, wie zum Beispiel dem Einsatz in Afghanistan, wachsen offenbar die Verunsicherung und der Wunsch nach Stabilität. Traditionelle Geschlechternormen eignen sich dafür besonders, weil sie historisch institutionalisiert sind.

In den Diskussionen um den Einsatz von Soldatinnen in Kriegs- und Krisengebieten taucht die Vorstellung der zivilisierenden und schlichtenden Soldatin immer wieder auf. In diesen Diskurs gehören auch die Aussagen der bereits erwähnten ehemaligen Generäle Reinhardt und Kiesheyer, die sagen, dass der Skandal um die Totenschändung in Afghanistan in Gegenwart von Frauen wahrscheinlich nicht passiert wäre. Es werden traditionelle Geschlechterbilder bemüht, die Frauen als friedfertig und konfliktschlichtend und den Mann als gewalttätig und unbeherrscht konstruieren. So wird zum Beispiel auch argumentiert, dass Soldatinnen die Soldaten davon abhalten könnten, Frauen in den Einsatzländern zu missbrauchen, da sie als verletzte Frauen innerhalb der Streitkräfte das Bewusstsein für die Wehrlosigkeit der Zivilbevölkerung schärfen. Was historisch zu einem Ausschluss der Frauen aus den Streitkräften führte, gilt nun als Argument für ihre stärkere Beteiligung. So ist in einer der ersten veröffentlichten Studien «The Role of Women in the United Nations Peacekeeping» aus dem Jahr 1995 zum Einsatz von Frauen in UN-Peacekeeping-Einsätzen zu lesen:

«Frauen sind durch ihre Sozialisierung friedlicher, friedliebender und weniger gewalttätig als Männer. Zu ihrer pazifistischen Orientierung kommt ihre Rolle als Gebärerin und Ernährerin der kommenden Generationen und als Vermittlerin innerhalb der Familie und ihres lokalen Umfeldes hinzu.»

Auch auf EU-Ebene ist die Vorstellung der Frau als Opfer und passives Objekt weit verbreitet. So werden in einem Ende 2006 veröffentlichten Bericht des Europäischen Parlaments zur Rolle von Frauen in bewaffneten Konflikten und Friedensprozessen «Frauen als Opfer, als Instrumente des Friedens und des Krieges» konzeptualisiert. Eine aktive, selbstbestimmte Rolle, die auch Frauen Verantwortung für ihr Handeln zuschreibt, findet sich hingegen kaum.

### Die Soldatin als Prostituierte

Fragt man die Soldatinnen und Soldaten selbst nach ihren Erfahrungen im Einsatz, betonen beide Seiten, dass das Verhalten weiblicher Soldaten vor allem in islamischen Gesellschaften problematisch sei. Soldatinnen müssten sich im Einsatz noch viel stärker an Regeln halten: Sie dürften zum Beispiel nicht mit offenen blonden Haaren und Shorts durch die Straßen laufen. Die afghanischen Männer seien den Anblick nackter Arme nicht gewöhnt und würden daher die Soldatinnen besonders intensiv anschauen. Zum Beleg werden verschiedene Situationen geschildert, in denen «Schlimmeres» zwischen den Soldatinnen und der Zivilbevölkerung gerade noch verhindert werden konnte, wobei sich das «Schlimmere» bewusst in Andeutungen verliert. Das «Anschauen» wird bereits als Angriff auf die Frauen gewertet, die es – daran anschließend – zu «verteidigen» gilt. Verhält sich eine Soldatin in oben beschriebenem Sinne nicht distanziert genug, wird ihr unterstellt, sie nehme es billigend in Kauf, dass Männer dies als Anmache verstehen könnten. Soldatinnen, die sich beispielsweise die Ärmel hochkrepeln, werden diskursiv sogar mit Prostituierten gleichgesetzt.

Soldatinnen werden so als zusätzliches Sicherheitsrisiko konstruiert. Die Soldatin schwebt als «schwache Frau» immer in der potenziellen Gefahr der Vergewaltigung durch islamische (!) Männer. Sie muss daher vor den «Anderen», den afghanischen/islamischen Männern, aber auch vor den Soldaten anderer Nationen geschützt werden. Über das vermeintlich riskante Verhalten von Soldatinnen wird «deutsche soldatische Männlichkeit» ausgehandelt. Und diese Männlichkeit zeichnet sich angeblich durch Offenheit, Toleranz und

Gleichheit aus: Sie zwingen ihre Frauen im Gegensatz zu den islamischen Männern schließlich nicht dazu, sich zu verschleiern, oder verbieten ihnen nicht, mit den Männern zu reden. Zugleich aber fordern sie, dass die Soldatinnen sich so verhalten, wie es ihrer Ansicht nach die Rücksichtnahme auf die andere Kultur gebietet.

### Die Soldatin als wehrloses Opfer

Dabei reproduzieren die Soldaten ihre eigene Vorstellung von Geschlechterbildern: Die Soldatin sollte weder besonders weiblich noch besonders männlich sein und besonders im Kontakt mit dem anderen Geschlecht Zurückhaltung üben. Für Soldatinnen wird diese Konstruktion zu einer doppelten Falle: Durch die Unterwerfung unter diese männlichen Normen stärken sie die Konstruktion des männlichen Militärs und werden in ihrer Eigenschaft als angeblich Wehrlose und Verletzbares zum Symbol für die Zivilbevölkerung. Genau das disqualifiziert sie aber innerhalb des Militärs als Soldatinnen, da sie für die «harten» militärischen Aufgaben als zu schwach erscheinen.

Auch die Soldatinnen selbst sehen sich in ihren Selbstbeschreibungen immer zuerst in ihrer Rolle als Frau und nicht als ausgebildete und handlungsfähige Soldatin, die sich bei möglichen Angriffen ebenso zur Wehr setzen kann wie die männlichen Soldaten. Soldatinnen werden als Frauen integriert, als Soldatinnen jedoch zugleich ausgeschlossen: So ist es möglich, die kohärente männliche Gruppenidentität wiederherzustellen, deren tradierte Deutungssysteme die weiblichen Soldaten in Frage zu stellen begannen.

Die oben beschriebene Retraditionalisierung von Geschlechterverhältnissen führt auch dazu, dass Soldatinnen andere Aufgaben zugeteilt werden. Sie werden – auch im Sinne der UN-Resolution 1325 – verstärkt in Bereichen eingesetzt, die traditionell Frauen zugeschrieben werden, wie zum Beispiel in Vermittlungs- und Schlichtungspositionen. Sie bekommen dort auch tatsächlich Einblicke, die männlichen Soldaten häufig verwehrt bleiben. Doch die Kraft der UN-Resolution 1325 würde erheblich geschwächt, wenn sich die Tendenz bestätigt, dass sie – als angebliches Sicherheitsrisiko – von gefährlichen Einsätzen ausgeschlossen bleiben. Angeblich schwache und wehrlose Frauen, die für die verantwortungsvolle und schwere Arbeit der Soldaten vor Ort nur eine Belastung wären – gnadenlos könnte sich der alte Geschlechterdiskurs mit erheblichen Folgen für Krieg und Frieden dann kaum durchgesetzt haben. ■■■



**Cordula Dittmer** Studium der Soziologie, Psychologie und Lateinamerikastudien, DFG-Forschungsprojekt «Geschlecht und Organisation am Beispiel der Bundeswehr» (2002–2005), Promotionsstipendiatin der Deutschen Stiftung Friedensforschung an der Philipps-Universität Marburg (2005–2007), 2. Preis des Christiane-Rajewski-Preises, Nachwuchspreis der Arbeitsgemeinschaft Friedens- und Konfliktforschung 2009 für «Gender Trouble in der Bundeswehr», Veröffentlichungen zu Genderaspekten in gewaltförmigen Konflikten und Kriegen, Gender im Militär.

## Die UN-Resolutionen zu «Frieden, Frauen, Sicherheit» im Überblick: 1325, 1820 sowie 1888 und 1889

Am 31. Oktober 2000 verabschiedete der Sicherheitsrat (SR) der Vereinten Nationen (UN) die Resolution 1325 «Women, Peace, and Security». Zum ersten Mal hat er damit der Staatengemeinschaft klare rechtliche und politische Vorgaben gemacht, Frauen und Mädchen in sämtliche entscheidungsrelevanten Prozesse in der Friedens- und Sicherheitspolitik einzubeziehen. Resolutionen des UN-Sicherheitsrates sind

völkerrechtlich bindend. Fast acht Jahre später verabschiedete er dann – am 19. Juni 2008 – die Resolution 1820, relativ kurz darauf folgten UNRS 1888 (am 30. September 2009) und 1889 (am 5. Oktober 2009). Diese vier UN-Resolutionen zusammen bilden einen «Vierklang» im Bereich Frauen, Frieden und Sicherheit. Die Resolution 1325 ist die Grundlage für die weiteren drei Resolutionen.

### UNSCR 1325

Inhaltlich lässt sich die Resolution 1325 unter drei Ps zusammenfassen, und zwar:

- **Partizipation** von Frauen in allen Bereichen der Friedens- und Sicherheitspolitik, vor allem ihre Einbindung in Entscheidungen auf höchster politischer Ebene (Artikel 1–4), aber auch die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Frauengruppen, und zwar regional und international (Artikel 15)
- **Prävention** von bewaffneten Konflikten durch die Integration einer Geschlechterperspektive
  - in Friedenseinsätzen und Feldmissionen sowie die geschlechtersensible Ausbildung des Einsatzpersonals (Artikel 5–7)
  - bei der Aushandlung und Umsetzung von Friedensabkommen (Artikel 8)
  - in Maßnahmen, Berichte und Prozesse der Vereinten Nationen (Artikel 16–17)
- **Protektion** von Frauen und Kindern insbesondere vor sexualisierter Gewalt während und nach bewaffneten Konflikten und die Sicherung ihrer Rechte (Artikel 9–15)

Die Resolution 1325 ist das Ergebnis eines langen, beharrlichen Einsatzes (inter)nationaler Frauenorganisationen, von Lobbyarbeit und politischem Kampf und gilt als ein Meilenstein in dem Kampf für Frauenrechte. In der Resolution setzt sich der UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal mit geschlechtsspezifischen Auswirkungen bewaffneter Konflikte auseinander und explizit mit der Situation von Frauen und Mädchen in Kriegssituationen. Er stellt sich gängigen politischen Theorien und einer Praxis entgegen, in der Frieden und Sicherheit als «geschlechtsneutral» behandelt werden. Er erkennt an, dass eine Geschlechterperspektive und die «volle Mitwirkung» von Frauen in erheblichem Maße zur Wahrung und Förderung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beitragen können. Darüber hinaus verleiht er zivilgesellschaftlichen Akteurinnen ausdrücklich eine Stimme, legitimiert ihre Forderungen und ihre Beteiligung an Friedens- und Sicherheitsprozessen.

### UNSCR 1820

Mit der Resolution 1820 kann den drei genannten Ps ein weiteres P hinzugefügt werden:

- **Prosekution**, die strafrechtliche Verfolgung von Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt vor allem von Frauen und Mädchen im Zusammenhang mit bewaffneten Konflikten.

In größerer Eindeutigkeit als bisher stellt der UN-Sicherheitsrat in dieser Resolution fest, dass jede Form sexualisierter Gewalt gegenüber Frauen

und Mädchen «ein Kriegsverbrechen oder ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder eine die Tatbestandsmerkmale des Völkermords erfüllende Handlung darstellen» kann. Zum ersten Mal benennt er sexuelle Gewalt gegen Zivilpersonen auch als Hindernis «bei der Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit». Den UN-Mitgliedsstaaten erlegt er auf, für die strafrechtliche Verfolgung von Tätern Sorge zu tragen. Sie können auch vor einem internationalen Tribunal abgeurteilt werden. Kommen Länder dieser Verpflichtung nicht nach, kann der UN-Sicherheitsrat Sanktionen beschließen.

Anders als die Resolution 1325 ist die Resolution 1820 nicht das Ergebnis zäher Basisarbeit, sondern wurde «von oben» initiiert, und zwar von der damaligen US-Außenministerin Condoleezza Rice. Wahrscheinlich hat sie deswegen in der internationalen Politik schnell Beachtung gefunden. Allerdings wird in dieser Resolution noch ein einseitiges Opfer-Täter-Schema bedient, das sich am biologischen Geschlecht orientiert. Männer sind als mögliche Opfer sexualisierter Gewalt nicht thematisiert, ebenso wenig eine mögliche (Mit-)Täterinnenschaft von Frauen. Dennoch ist auch die Resolution 1820 ein frauenpolitisch bedeutendes Dokument und – richtig genutzt – auch ein Instrument.

### UNSCR 1888 und 1889

Relativ unbeachtet von der Öffentlichkeit und auch für frauen- und friedenspolitische Aktivistinnen überraschend verabschiedete der UN-Sicherheitsrat im Herbst 2009 die beiden Resolutionen 1888 und 1889. Sie beinhalten im Vergleich zu UNSCR 1325 und 1820 wenig Neues, konkretisieren sie aber in einzelnen Aspekten.

**Resolution 1888** knüpft vor allem an Resolution 1820 an. Der UN-Sicherheitsrat stellt darin fest, dass bisher keine Fortschritte im Kampf gegen «sexuelle» Gewalt in bewaffneten Konflikten erzielt wurden. Neu ist, dass er einen UN-Sonderbeauftragten für Gewalt gegen Frauen und Kinder in Konflikten einrichtet und von den Mitgliedsstaaten einen jährlichen Bericht zur konkreten Umsetzung von Resolution 1820 erwartet. Die Mitgliedsstaaten sind zudem aufgefordert, die juristische Verfolgung «sexueller» Straftaten und besonders den Opferschutz zu verbessern. In der Folge wurde im Frühjahr 2010 die Schwedin Margot Wallström zur UN-Sonderbeauftragten ernannt.

Im Unterschied zur Resolution 1888 bezieht sich **Resolution 1889** stärker auf Resolution 1325. Sie hebt hervor, wie wichtig es ist, Frauen an Frie-

densverhandlungen zu beteiligen. Neu ist, dass den Mitgliedsstaaten genaue Zeitvorgaben gemacht wurden. Innerhalb von sechs Monaten sollten sie einen Katalog mit Indikatoren vorlegen, anhand dessen die Umsetzung von Resolution 1325 überprüft werden kann. Diese Indikatoren sollen innerhalb der Institutionen der UN sowie innerhalb der Mitgliedsstaaten im Jubiläumsjahr 2010 und darüber hinaus Grundlage der Berichterstattung sein. Außerdem wurden die Mitgliedsstaaten aufgefordert, innerhalb von 12 Monaten über die Beteiligung von Frauen an der Friedenskonsolidierung Bericht zu erstatten.

### Der «Nationale Aktionsplan»

Sehr bald nach der Verabschiedung von UN-Resolution 1325 war klar, dass Instrumente nötig sind, um die Inhalte der Resolution in den einzelnen UN-Mitgliedsstaaten praktisch umzusetzen und Fortschritte beurteilen zu können. Die Vereinten Nationen und der UN-Generalsekretär fordern deshalb Nationale Aktionspläne, auch EU und NATO haben dieses Instrument aufgegriffen: Danach sollen die einzelnen Staaten konkrete Indikatoren und Kontrollmechanismen formulieren (wie sie auch in Resolution 1889 gefordert werden): also unter anderem Zeitangaben, bis wann Maßnahmen realisiert werden, wie viel personelle, finanzielle und materielle Ressourcen zur Verfügung gestellt, wie die zivilgesellschaftlichen Gruppen eingebunden werden oder wie statistische Daten erhoben werden sollen.

Von den 192 UN-Mitgliedsstaaten haben bisher erst 25 Länder Nationale Aktionspläne – von sehr unterschiedlicher Qualität – entwickelt. Auch Deutschland steht hier noch in der Pflicht.

Ohne den Druck, das Engagement und Know-how einer engagierten Zivilgesellschaft wird dieses Instrument in der Mehrheit der Staaten auch kaum Wirkung entfalten können. Denn auch wenn die Resolution 1325 internationales Recht ist, fällt sie nicht unter Kapitel VII der UN-Charta. Und das bedeutet: Ihre Umsetzung kann nicht erzwungen, Nichterfüllung nicht sanktioniert werden. Ihre erfolgreiche Umsetzung hängt damit immer vom politischen Willen der Staaten ab – und von der Stärke der Zivilgesellschaft.

Zusammengestellt und bewertet von  
Gitti Hentschel

# MIT SICHERHEIT EIN MEILENSTEIN

**Vor zehn Jahren wurde die UN-Sicherheitsresolution 1325 verabschiedet. Was hat sie gebracht? Vor welchen großen Herausforderungen steht sie noch?**

VON JANA ARLOTH & FRAUKE SEIDENSTICKER

**B**ewaffnete Konflikte betreffen Frauen: Sie werden Opfer von militärischer Gewalt, sexuellen Übergriffen, Enteignungen, Vertreibungen. Das ist jedem gegenwärtig. Erst in jüngerer Zeit ist auch die aktive Rolle von Frauen in der Bewältigung von Konflikten Gegenstand der internationalen Friedensdebatte. Denn immer mehr greift die Erkenntnis, dass in der Bearbeitung der gegenwärtigen, vielschichtigen Konfliktsituationen in aller Welt neben wirtschaftlichen, politischen und militärischen Komponenten auch das Verständnis für ethnische, kulturelle und religiöse Aspekte von enormer Bedeutung ist. Und dazu gehört die Einsicht, dass Konflikte sich unterschiedlich auf die Geschlechter auswirken. Heute gehen wir – im Rahmen von Friedensmissionen der Vereinten Nationen (UN), der Europäischen Union (EU) oder anderer Organisationen – mit hochkomplexen Mandaten in die Konflikt- oder Post-Konfliktländer. Wir begeben uns unvergleichlich tiefer als früher in die Prozesse des Gastlandes hinein. Damit spielt heute der angemessene Umgang mit den Geschlechtern eine zentrale Rolle in Friedensmissionen und -prozessen.

Ein Meilenstein für die Integration einer Frauenperspektive in UN-Friedensoperationen war die am 31. Oktober 2000 verabschiedete UN-Sicherheitsratsresolution 1325 (SCR 1325) zu «Frauen, Frieden und Sicherheit». Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass anerkannt wird, dass Frauen in anderer Weise als Männer von Konflikten betroffen sind und Friedensarbeit nur unter ihrer aktiven Beteiligung erfolgreich sein kann. Innerhalb regionaler und internationaler Organisationen hat SCR 1325 Veränderungen grundlegender Art bewirkt. Das betrifft Konzepte, aber auch Verfahrensabläufe, Training und Rekrutierung – in der UN ebenso wie in der EU.

Interessant ist die Frage, wie es mit der Umsetzung in der Praxis aussieht. Mittlerweile steht eine Anzahl von Auswertungen zur Verfügung: Aus ihnen lässt sich ablesen, dass die Beteiligung von Frauen zu besserem Schutz von Frauen führte, zur besseren Integration von Missionen in die Gastgesellschaft beitrug oder die Glaubwürdigkeit und Nachhaltigkeit von Friedensverhandlungen erhöhte. Auf rechtlicher Ebene fanden eine Reihe von Formen sexueller Gewalt als Verbrechen gegen die Menschlichkeit Aufnahme in das «Römer Statut» des Internationalen Strafgerichtshofs.

Mit Hilfe der UN-Mission in Sierra Leone (UNAMSIL) wurde 2002 der Sondergerichtshof für Sierra Leone eingesetzt. Dessen herausragende Leistung besteht in der strafrechtlichen Verfolgung der Hauptverantwortlichen für Verbrechen gegen Frauen während des Bürgerkrieges. Die Beschuldigten wurden nicht nur der Vergewaltigung, sondern auch der sexuellen Sklaverei und Zwangsheirat angeklagt. Das erste Urteil des Sondertribunals erging 2007. Die drei Rebellenführer des Armed Forces Revolutionary Council wurden der Vergewaltigung als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit für schuldig befunden. Der Sondergerichtshof gilt auch als vorbildlich beim Schutz von Opfern und Zeuginnen und Zeugen.

Ein Anfang wurde also gemacht – zu wünschen wäre aber eine viel nachhaltigere, tiefergreifende Umsetzung der SCR 1325. Welches sind die wesentlichen Herausforderungen, denen es zu begeben gilt?

**1** Die vorherrschende Geschlechterungleichheit in vielen Gesellschaften basiert auf über Jahrhunderte gewachsenen patriarchalen Strukturen, die Männlichkeitskonzepte und Geschlechter-

identitäten geprägt haben. Das gilt für zahlreiche Länder, in die der UN-Sicherheitsrat Friedensmissionen entsandt hat. Einem Wandel der patriarchal geprägten Geschlechterbeziehungen stehen tief verwurzelte Rollenerwartungen, kulturell vorherrschende Männlichkeitsmodelle und die damit verbundene Machtverteilung entgegen. Aber auch eine Streitkraft westlicher Herkunft ist eine männlich dominierte Organisation, in der dringend umgedacht werden muss. Die Konzeption von Friedensprozessen muss geschlechterspezifisch verbessert werden – es gilt, neue und differenzierte Programme speziell für Jungen und Männer, Mädchen und Frauen zu entwickeln. Entscheidend für den Erfolg werden innovative Strategien und eine kritische Auseinandersetzung mit dem Thema sein.

**2** Die Resolution 1325 zielt speziell auf die Bedürfnisse und Erfahrungen von Frauen, da diese im Gegensatz zu den Belangen von Männern bisher wenig Berücksichtigung finden. Obwohl diese Zielsetzung also gute Gründe hat, ist eine Erarbeitung von Strategien, die Männern den Ausstieg aus tradierten Rollenklischees erleichtern, unabdingbar. Im Bereich von Friedensoperationen wird Genderarbeit weiterhin auf den Begriff der Frauenförderung reduziert.

**3** Immer noch sind zahlreiche militärische und außenpolitische Institutionen zu wenig informiert über die SCR 1325 oder eine Genderperspektive. Zudem hängt die Umsetzung wesentlich vom politischen Willen der Regierungen ab – und diese setzen häufig andere Prioritäten.

**4** Auch gibt es immer noch zu wenig Frauen auf leitenden Posten, in den Verteidigungs- und Außenministerien, aber auch in den entsprechenden Gremien der EU und der UN, die für Einsatz und Missionsplanung zuständig sind. Das gilt auch für Führungspositionen auf der operativen Ebene der Friedensmissionen. Obwohl Gender alle betrifft, sind es bisher vor allem nur einige wenige Frauen, die die Genderagenda in verschiedenen Bereichen fördern und Ziele erreichen. Kurz zusammengefasst: Missionsleiter brauchen Gendertrainings, Missionsleiterinnen ebenso. Sie müssen jedoch überhaupt erst mal in so eine Position kommen.

**5** Die vielen Akteure und Themenbereiche der Resolution müssen besser koordiniert werden; Defizite bestehen hier auf internationaler wie auf nationaler Ebene. Innerhalb des UN-Systems wird nun viel Hoffnung auf die zentrale, hochrangig angesiedelte neue UN-Gender-Einheit «UNWomen» gesetzt, die für Themen zur Geschlechtergleichstellung in allen Maßnahmen der UN zuständig ist. Die Bundesrepublik hat schon einiges für die Umsetzung der SCR 1325 getan; die Koordination der einzelnen Maßnahmen muss jedoch auch hier noch deutlich verbessert werden. So müssen sich die Akteure der verschiedenen Ministerien, Bundeswehrinstitutionen und der zivilen und militärischen Trainingsinstitutionen noch besser vernetzen. Ziel sollten eine kohärente Politik und eine wirksame Kommunikation untereinander und mit der Zivilgesellschaft sein.

**6** Die mangelnde Koordination hat zur Folge, dass letztlich keine Institution für die Umsetzung der SCR 1325 in der Verantwortung steht. Weder die UN-Mitgliedsstaaten noch die Missionen geben regelmäßig Rechenschaftsberichte ab oder evaluieren ihre Umsetzung von 1325. Die politische Kraft der Resolution wird dadurch geschwächt. Die 1325-Nachfolgeresolution SCR 1889

aus dem Jahr 2009 fordert dann auch, dass die Evaluationen verbessert und Indikatoren erarbeitet werden, die Erfolge überprüf- und messbar machen. Erste Schritte in diese Richtung wurden unternommen.

**7** Um Missionen in der Umsetzung voranzubringen, gibt es eine Reihe von Möglichkeiten: Die Anzahl von Frauen im Missionspersonal müsste erhöht werden. Gendersensibilität wird sicher nicht dadurch unterstützt, dass das Einsatzpersonal mehrheitlich aus Männern besteht. Zudem muss an der Einstellung zu Frauen innerhalb der Armee und in Polizeikontingenten gearbeitet werden. Studien, die auf Interviews mit Missionspersonal und Armeeingehörigen beruhen, belegen, dass das Klima in der Armee und während der Einsätze nicht immer förderlich ist. Auch durch intensives Training vor der Entsendung würde die Arbeit der Missionen weiter qualifiziert. Leider fehlt es dafür häufig an Willen, Ressourcen oder der Kapazität einzelner Institutionen.

**8** Besonders bemerkenswert sind die Defizite bei der Umsetzung von Friedensabkommen. Einer Studie von UNIFEM (2009) zufolge sind in den 22 seit 1992 durch die UN geführten Friedensverhandlungen nur 7,5 Prozent der Verhandelnden und 2 Prozent der Mediatoren weiblich gewesen. Keiner der Verhandlungsprozesse wurde von einer Frau geleitet. Nur knapp 3 Prozent Frauen waren Unterzeichnende in 14 Friedensgesprächen. Bei den Friedensverhandlungen in Indonesien, Nepal, Somalia, der Elfenbeinküste, den Philippinen und der Zentralafrikanischen Republik agierte keine einzige Frau als Vermittlerin, Mediatorin, Signatorin oder Zeugin.

**9** Schließlich ist die Verbesserung von Prävention und Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt überfällig. Frauen und Mädchen sind weiterhin in erschreckendem Umfang von geschlechtsbezogener Gewalt betroffen. In Folge dessen breitet sich HIV/AIDS besonders während und nach Bürgerkriegen rasant aus. Das Problem ist erstens natürlich, dass das alles überhaupt passiert; zweitens, dass die Täter nur zu einem geringen Prozentsatz strafrechtlich verfolgt werden. Zu diesem Themenkomplex gehört bedauerlicherweise auch, dass Schutzbefohlene von Einsatzpersonal sexuell ausgebeutet werden. Auch hier gilt es, das System der Berichterstattung und die Strafverfolgung zu verbessern.

Die Resolution hat vor zehn Jahren in genau die richtige Richtung gewiesen – heute bedarf es entschlossenen Handelns, um sie mit kluger, den Geschlechtern angemessener Politik in die Tat umzusetzen. ■■■



**Frauke Seidensticker** war von 1992 bis 2001 Generalsekretärin der Schweizer Sektion von Amnesty International. Im Juni 2001 wurde sie zum Vorstandsmitglied des Deutschen Institutes für Menschenrechte bestellt. In ihrer Funktion der Stellvertretenden Direktorin hat sie das Institut von Oktober 2001 an aufgebaut.



**Jana Arloth** hat einen M.A. in Geschichte und Anglistik und studierte Friedens- und Konfliktforschung an der Philipps-Universität Marburg. Sie sammelte internationale Arbeitserfahrung u.a. in den Menschenrechtsabteilungen der EU Kommission und der UNESCO. Im Rahmen ihrer Arbeit beim Deutschen Institut für Menschenrechte hat sie zur Umsetzung von Menschenrechts- und Gendermandaten durch Friedenseinsätze der Europäischen Union veröffentlicht.

# DIE BESSEREN HÄLFTEN?

**Vielleicht schaffen Frauen nicht mehr Frieden. Vielleicht helfen sie sogar, korrupte Staaten aufzubauen. Aber sie haben ein Recht, gleichberechtigt an allen Friedensoperationen teilzuhaben. Das muss die EU noch begreifen – und umsetzen.**

VON FRANZISKA BRANTNER



**Franziska Brantner** machte ihren Master- und Diplomabschluss mit Schwerpunkt Internationale Beziehungen an der School of Public and International Affairs (SIPA) der Columbia Universität in New York und an der Sciences Po in Paris. 2010 promovierte sie an der Universität Mannheim zur Reformfähigkeit der Vereinten Nationen. Franziska Brantner war Mitglied der Friedens- und Sicherheitspolitischen Kommission von Bündnis90/Die Grünen. Im Juni 2009 wurde sie ins Europaparlament gewählt, sie ist Außenpolitische Sprecherin der Fraktion Greens/EFA, Mitglied im Ausschuss für Rechte der Frau und Gleichstellung der Geschlechter und stellvertretendes Mitglied im Haushaltsausschuss.

**E**rstaunlich – aber manchmal ist die EU besser als ihr Ruf, und in einigen Dingen sogar weiter als ihre Mitgliedsstaaten. Bei der Umsetzung der UN-Resolution 1325 hat sie – im Gegensatz zu Deutschland und der Mehrheit der EU-Mitgliedsländer – detaillierte Strategien verbindlich angenommen. Jede EU-Mission hat mittlerweile einen «gender adviser», einen auf Genderfragen spezialisierten Berater. Zudem steht Catherine Ashton an der Spitze des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der zum ersten Mal alle sicherheitspolitischen Instrumente der EU zusammenführt, und sie gilt als durchaus «frauenbewegt».

So weit, so positiv. Und trotzdem: Die Umsetzung kommt nicht wirklich voran, dies belegen alle aktuellen Studien zum zehnjährigen Jubiläum der Resolution. Immer noch werden Frauen weltweit Opfer von Gewalt in Konfliktsituationen, ohne dass die EU eingreifen würde. Immer noch werden Strukturen in Nachkriegssituationen aufgebaut, die sich nicht um die Rechte der Frauen scheren. Aber vor allem werden Frauen immer noch nicht gleichberechtigt an Friedensverhandlungen beteiligt, immer noch sind die Verhandler der EU und alle Missionschefs männlich. Warum ist das so? Ein Grund scheint die sogenannte «Effektivitätsargumentation» zu sein.

Was versteht man darunter? Diese Art der Argumentation geht nach folgendem Muster vor: Liebe Militärs, Polizistenausbilder, Rechtsstaatsaufbauer – wenn ihr Frauen einbezieht und ihre besondere Situation berücksichtigt, werdet ihr schneller und besser Sicherheit erreichen. Wer immer sich für die Durchsetzung der UN-Resolution 1325 einsetzen will, ist mit diesen Argumenten auf der sicheren Seite,

wenn er mit Generälen, Ministern und hochrangigen Beamten diskutiert. Wer möchte nicht schnell mehr Sicherheit erreichen?

Auf Nachfrage zählen Generäle auch gerne zig Beispiele aus EU-Missionen auf, die klar zeigen, wie sinnvoll es für das übergeordnete Mandat der Mission war, eine «Frauenperspektive» einzubeziehen.

Diese Argumentation hat die Frauenbewegung zweifelsohne sehr weit gebracht. Unter französischer Ratspräsidentschaft und in Kooperation mit UNIFEM, der UN-Frauenrechtsorganisation, wurde Ende 2008 ein «Umfassender Ansatz für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820» erarbeitet und verabschiedet. Ebenso wurde die «Umsetzung der Resolution 1325 – untermauert durch die Resolution 1820 – des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen im Kontext der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik» verabschiedet.

## **Der «Mehrwert» einer Frauenperspektive muss immer noch nachgewiesen werden**

Diese Rats- und Kommissionsdokumente verfolgen einen «umfassenden Ansatz»: Sie sehen unter anderem vor, Frauen stärker in die Planung und Umsetzung von Missionen einzubeziehen und sie dafür auch zu trainieren. Sie sprechen von der Verpflichtung, regelmäßig über Frauen-, Friedens- und Sicherheitsaspekte zu berichten. Eine interinstitutionelle Task Force zwischen Kommission und Rat hat die Aufgabe, diesen «umfassenden Ansatz» umzusetzen, Indikatoren für die Umsetzung zu entwickeln und diese zu überprüfen. Bis heute sind diese Dokumente die zentralen Instrumente zur Umsetzung der UN-

Resolution 1325 und ihrer Nachfolgeresolutionen. Wir – damals war ich auf UNIFEMs Seite die Leiterin des Projektes mit der französischen Ratspräsidentschaft – haben dies damals hauptsächlich über die «Effektivitätsstrategie» erreicht. Wir hatten Generäle und Missionsleiter nach Brüssel eingeladen und Studien erstellen lassen, die alle bekräftigten: Frauen zu schützen und ihre Perspektiven mit einzubeziehen, bringt mehr Sicherheit für alle. Der umfassende Ansatz wurde denn auch mit folgender vorangestellter Begründung angenommen:

«Eine Geschlechterperspektive, die sowohl Männer als auch Frauen berücksichtigt, sollte Handlungsgrundlage der EU-Außenpolitik sein. Nur so kann umfassend auf Bedrohungen reagiert werden, denen Zivilbevölkerungen während und nach Konflikten ausgesetzt sind. Sie ist die Grundlage für wirksame Stabilisierung, Friedenssicherung, den Wiederaufbau und den Aufbau von Institutionen. Zudem kann ein stärkeres Bekenntnis der EU zu Geschlechterfragen bei der Konfliktvermeidung, dem Krisenmanagement, der Friedenssicherung, dem Wiederaufbau und dem Aufbau von Institutionen die Wirksamkeit der Maßnahmen verbessern. Darüber hinaus sind Friedensinitiativen und Anstrengungen, Konflikte zu lösen, die von Frauen kommen, ein wichtiger Beitrag dazu, nachhaltige und ganzheitliche Ansätze von Frieden und Sicherheit zu entwickeln.»

Der Preis dafür ist allerdings, dass wir jedes Mal aufs Neue in der Verantwortung stehen, den Mehrwert der Umsetzung von 1325 nachzuweisen. Bei zweien der drei Hauptforderungen von 1325 fällt das nicht schwer. Wie wichtig der Schutz von Frauen ist, hat die traurige Realität oft genug bewiesen.

Gesellschaften finden auf lange Zeit keinen Frieden, wenn Frauen vergewaltigt, misshandelt und traumatisiert werden. Sie zu schützen, ist also zweifelsfrei effektiv. Auch das Gender-Mainstreaming lässt sich so begründen: Wer nur die Sicherheitsbedürfnisse von Männern berücksichtigt, nicht aber die von Frauen, wird sich schwerer tun, Frieden zu erreichen. Bei dem dritten Postulat aber, der Partizipation von Frauen an dem Aufbau von Friedensordnungen, wird es schon schwieriger: Es sei denn, man wollte sich erneut auf das friedliebende Wesen der Frau berufen.

### Die Posten werden immer noch wie im 19. Jahrhundert vergeben

Wer das vermeiden will, hat nur eine Option: Er muss mit Menschenrechten argumentieren. Frauen haben dasselbe Recht wie Männer, an einer Friedensordnung nach einem gewaltsamen Konflikt mitzuwirken. Vielleicht wird die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen nicht zu mehr Frieden führen, vielleicht werden Frauen in der Nachkriegszeit korrupte Staaten mit aufbauen – aber sie haben ein Recht darauf, gleichberechtigt an diesen Prozessen teilzunehmen.



Lady Ashton, Europas Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik

Ein aktuelles Beispiel mag beleuchten, wie wichtig diese Argumentation werden wird. Die Kommissionsvizepräsidentin Catherine Ashton hat für den Auswärtigen Dienst der EU 28 hoch dotierte Botschafterpositionen ernannt. Nur sechs davon gingen an Frauen. Allein mit dem Argument der Effektivität ist eine andere Quote nicht durchsetzbar. Wenn eine Frau EU-Botschafterin in Russland ist, wird deswegen die Arbeit des männlichen Botschafters in China kaum besser. Dass Frauen per se die besseren Botschafterinnen sind, sollten wir so wenig behaupten wie wir akzeptieren können, dass Männer die besseren Firmenchefs sind. Das gilt analog für das Führen von Verhandlungen oder die Leitung einer Mission. Es geht nur mit der guten alten Quote, dem Postulat eines Anspruchs auf Beteiligung. Das Europäische Parlament hat deshalb gut daran getan, Lady Ashton eine klare Frist für mehr Partizipation von Frauen zu setzen. Wenn bis 2013 kein angemessener Frauenanteil im Dienst erreicht wird, kommt die Quote.

Leider haben die Mitgliedsstaaten, aber auch die EU-Kommission beim Aufbau des Auswärtigen Dienstes bislang kein Interesse an Geschlechterfragen gezeigt. Im Gegenteil, nicht nur bei der Verteilung der Posten, sondern auch bei deren Ausgestaltung hat man sich eher an den Mustern des 19. Jahrhunderts orientiert. Das Bild des Auswärtigen Dienstes wird, wenn sich nichts tut, wohl eher einem Gemälde von Zigarren rauchenden älteren Herren in getäfelten Sälen entsprechen als einem modernen Instrument zur Bewältigung von Krisen und zur Förderung von Frieden und Stabilität. Den Schritt ins 21. Jahrhundert wird auch der Auswärtige Dienst der EU nur schaffen, wenn Frauen die Rolle erhalten, die ihnen zusteht. ■■■

Zitierte Dokumente:  
 Umfassender Ansatz der EU für die Umsetzung der Resolutionen 1325 und 1820 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen betreffend Frauen, Frieden und Sicherheit (15671/1/08 REV 1)  
 Umsetzung der Resolution 1325 – untermauert durch die Resolution 1820 – des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen im Kontext der ESPV (Dok. 15782/3/08)

# DAS ÜBEN WIR NOCH MAL!

**Die Bundesregierung setzt die UN-Resolution 1325 bisher nur mangelhaft um. Sie ignoriert die Erkenntnisse der Geschlechterpolitik, die international Standard geworden sind.**

EIN KOMMENTAR VON GITTI HENTSCHEL

Seit Jahren wiederholt die Merkel-Regierung gebetsmühlenartig, Deutschland brauche keinen Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Umsetzung der UN-Resolution 1325. Sie tut das jetzt in der Koalition mit der FDP wie zuvor in der Koalition mit der SPD und ignoriert damit seit Jahren die Forderungen des deutschen Frauensicherheitsrates und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen. Die Begründung: Gender-Mainstreaming und zwei Aktionspläne zur zivilen Krisenprävention und zur Gewalt gegen Frauen reichten aus. Außerdem lege Deutschland regelmäßig detaillierte Berichte zur Umsetzung der Resolution vor.

Die Bundesregierung will offenbar nicht verstehen, dass die genannten Aktionspläne den Kern der UN-Resolution gar nicht berühren. Der eine – Aktionsplan II zur Bekämpfung häuslicher Gewalt (2007) – dient dem Schutz von Frauen vor familiärer Gewalt; der andere Aktionsplan «Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung» (2004) formuliert zivile, das heißt, nichtmilitärische Maßnahmen und Handlungsoptionen – ohne konkrete frauen- und geschlechtsspezifische Ansätze. Auch Gender-Mainstreaming erfasst den Kern der UN-Resolution 1325 nicht. Es ist ein Managementinstrument, das die Leitungs- und Führungsebenen in Institutionen, Verwaltungen und Politik verpflichtet, Chancengleichheit für Frauen und Männer durch-



**Gitti Hentschel** ist Kommunikationswissenschaftlerin und Sozialpädagogin; seit 4/2000 Leiterin des Gunda-Werner-Instituts für Feminismus und Geschlechterdemokratie (ehemals: Feministisches Institut) in der Heinrich-Böll-Stiftung. Publikationen v.a. im Bereich Friedens- und Sicherheitspolitik mit Genderperspektive.

zusetzen. Zwar wäre seine Anwendung gerade im Außen- und Verteidigungsministerium sowie bei der Bundeswehr dringend nötig. Doch eine konsistente geschlechter- und friedenspolitisch nachhaltige Gesamtstrategie ist mit Gender-Mainstreaming allein nicht zu erreichen. Die von den Vereinten Nationen geforderten bisher vorliegenden Berichte der Bundesregierung von 2004 und 2007 (ein dritter ist seit Oktober 2010 überfällig) zeigen: Deutsche Politik im Sinne der UN-Resolution 1325 beschränkt sich auf eine unsystematische und beliebige Aneinanderreihung von Einzelmaßnahmen der Frauenförderung in Drittstaaten; zum Teil werden auch klassische Projekte der Entwicklungszusammenarbeit als 1325-Projekte ausgegeben.

Bisher haben von den 192 UN-Mitgliedsstaaten 25 Länder Nationale Aktionspläne entwickelt, darunter 14 in Europa und acht in Afrika. Auch die EU hat sich in mehreren Dokumenten inzwischen zur Umsetzung der Resolution und zu Nationalen Aktionsplänen bekannt. Die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik lehnt einen solchen Plan bisher ab. Das ist ignorant und überheblich gegenüber den Erkenntnissen und Vorgaben der Geschlechterpolitik, die international – zumindest auf dem Papier – Standard geworden sind. Die von der EU und der UNO entwickelten Indikatoren müssen mit Hilfe einer gemeinsamen Strategie umgesetzt werden – Deutschland könnte in diesem wichtigen Prozess zum Bremsklotz werden. Dahinter steckt eine zutiefst patriarchal-paternalistische und hegemoniale Grundhaltung, die in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik offensichtlich noch immer tief verankert ist. Das ist umso brisanter, als Deutschland neuerdings wieder nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat ist. Dessen Aufgabe ist es, die Umsetzung seiner Resolutionen zu überprüfen. Wie will Deutschland dort als wichtiger EU-Akteur gegenüber anderen Regionen und Staaten glaubwürdig sein? Wie will es sich überzeugend in Konfliktländern gemeinsam mit den Vereinten Nationen und der EU für Aktionspläne starkmachen?

Es wird Zeit, dass die Bundesregierung die Vorschläge der zivilgesellschaftlichen Gruppen aufgreift, sich bei ihnen Rat und Unterstützung holt und endlich eine nachhaltige, geschlechterpolitische Friedenspolitik einleitet. Mit ihrer Augenwischerei wird sich die Bundesregierung auf Dauer nicht durchmogeln können – es sei denn, sie möchte sich weiterhin des Rufes erfreuen, eines der Schlusslichter in der Geschlechterpolitik der EU zu sein. ■■■

# EIN FALL FÜR JUSTITIA

**Das Internationale Strafrecht bietet alle Möglichkeiten, sexualisierte Kriegsgewalt zu verfolgen und zu bestrafen. In der siebzehnjährigen Geschichte des Jugoslawien-Tribunals gab es aber nur einen einzigen großen Prozess, der sich ausschließlich mit Vergewaltigung und sexueller Versklavung befasste.**

VON GABRIELA MISCHKOWSKI

Das internationale Strafrecht kriminalisiert nicht den Krieg und bewaffnete Gewalt als solche. Es definiert lediglich, was erlaubt ist und was nicht – und bestraft die Täter entsprechend. Es unternimmt den eher vergeblichen Versuch, ein Gewalt produzierendes Monster zu zähmen. Konsequenterweise angewendet, kann es jedoch mit dafür sorgen, dass die Gesellschaft Gewalttaten neu bewertet. Dies gilt insbesondere für sexualisierte Gewalt, und zwar innerhalb wie außerhalb bewaffneter Konflikte. Das Nürnberger Militärtribunal 1945/46 hatte Vergewaltigungen noch ignoriert; das Militärtribunal in Tokio 1946 ließ die sexuelle Versklavung von 200.000 asiatischen Frauen durch die japanische Armee ungesühnt. Das trug mit dazu bei, dass das Ausmaß sexualisierter Gewalt im Zweiten Weltkrieg ein halbes Jahrhundert lang aus dem kollektiven Gedächtnis ausgeblendet blieb. Ebenso, dass die Opfer dieser spezifischen Gewalt bis heute keine Chance auf Anerkennung und Wiedergutmachung haben.

Erst mit dem 1993 ins Leben gerufenen Jugoslawien-Tribunal und dem ein Jahr später gegründeten Ruanda-Tribunal wurde Vergewaltigung expliziter Straftatbestand des Völkerstrafrechts und in verschiedenen Urteilen als Folter, Verbrechen gegen die Menschlichkeit (besser: Menschheit) oder Teil des Völkermordes gewertet. Voraussetzung für diesen Wandel war zum einen eine Frauenbewegung, die seit den 1970er Jahren weltweit geschlechtsspezifische Gewalt anprangert, zum anderen waren es die vielen bosnischen Frauen, die ihren Zorn über erlittene Vergewaltigungen nicht unterdrückt, sondern lautstark zum Ausdruck gebracht haben.

## Was bisher erreicht wurde

Die Kriminalisierung sexualisierter Kriegsgewalt und die konsequente strafrechtliche Verfolgung der Täter demonstrieren, dass Vergewaltigung kein Kavaliersdelikt oder ein vermeintlich natürliches Nebenprodukt bewaffneter Auseinandersetzungen ist. Das heutige Internationale Strafrecht erlaubt niemandem, sich auf einen Befehlsnotstand zu berufen, und zieht zugleich die politisch und militärisch Verantwortlichen zur Rechenschaft. Wenn sie bei Gräueltaten ihrer Untergebenen nicht eingreifen, begehen sie eine Straftat. Mehr noch. Die aktuelle Rechtsprechung des Jugoslawien-Tribunals will verhindern, dass Vorgesetzte sich davonstehlen können mit der Behauptung, sie hätten nichts gewusst – selbst wenn dies so war. Bestimmte Gewalttaten, so das Gericht, sind im Zuge militärischer Operationen oder Besetzungen vorhersehbar und müssen daher aktiv verhindert werden. Wie die Kriege in Vergangenheit und Gegenwart zeigen, trifft dies insbesondere auf sexualisierte Gewalt zu, die immer und überall auftritt. Konsequenterweise sollte die strafrechtliche Verantwortung politischer und militärischer Vorgesetzter bereits mit der Unterlassung präventiver Maßnahmen, zum Beispiel in der Ausbildung von Soldaten, anfangen. Was würde wohl passieren, würden die Regierungen dieser Welt jeglichen Sexismus und jegliche Sexualisierungen in der militärischen Ausbildung strikt untersagen und bestrafen?

Doch trotz aller Fortschritte im Gesetz sind wir von einer konsequenten und umfassenden Strafverfolgung sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten



**Gabriela Mischkowski** ist Mitbegründerin der Frauenrechts- und Hilfsorganisation *medica mondiale* und befasst sich seit 1993 sowohl mit der Geschichte sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten als auch mit ihrer Strafverfolgung. Sie hat zahlreiche Prozesse beim Jugoslawien-Tribunal in Den Haag beobachtet und im Auftrag von *medica mondiale* im Rahmen des internationalen «Women's Caucus for Gender Justice» an den Verhandlungen zum Internationalen Strafgerichtshof 1999–2002 teilgenommen. Sie ist Mitautorin der Studie «...and that it does not happen to anyone anywhere in the world», *medica mondiale* e.V., Dezember 2009.



### Das Jugoslawien- und Ruanda-Tribunal

Die Vereinten Nationen riefen in den Jahren 1993 und 1994 das Jugoslawien- und Ruanda-Tribunal als temporäre Gerichte zur strafrechtlichen Verfolgung schwerer Verstöße gegen das Völkerrecht ins Leben. Sobald die laufenden Verfahren abgewickelt sind, werden sie ihre Pforten schließen. Weitere Kriegsverbrecherprozesse zum Krieg im ehemaligen Jugoslawien finden dann nur noch vor den nationalen Gerichten in Kroatien, Serbien und Bosnien-Herzegowina statt.



### Der Internationale Strafgerichtshof

Der seit 2002 permanent arbeitende Internationale Strafgerichtshof (IStGH) beruht auf einem Vertrag, dem bislang 110 Staaten angehören. Er ist mit Einschränkungen weltweit für Kriegsverbrechen zuständig. Derzeit verhandelt bzw. untersucht der IStGH Kriegsverbrechen in der Demokratischen Republik Kongo, in Uganda, im Sudan, in der Zentralafrikanischen Republik und in Kenia. In anderen Ländern mit bewaffneten Konflikten wurden nationale Gerichtshöfe unter internationaler Beteiligung eingerichtet mit unterschiedlichen Mandaten, so z. B. für Ost-Timor (abgeschlossen), Sierra Leone und Kambodscha. Sexualisierte Gewalt ist, wenn auch in unterschiedlichem Maße, Bestandteil der Strafverfolgung vor all diesen Gerichten.

immer noch weit entfernt. Dies zeigt, unter anderem, die Praxis am Jugoslawien-Tribunal.

#### Wo es noch Widerstände gibt

Das Hauptproblem ist die Anklage. Sie entscheidet, in welchem Maße wegen Vergewaltigungen und anderen Formen sexualisierter Gewalt überhaupt ermittelt wird und auf welche Weise sie angeklagt werden. Eine 2009 von der Frauenrechts- und Hilfsorganisation *medica mondiale* veröffentlichte Studie kommt im Hinblick auf sexualisierte Kriegsgewalt zu dem Schluss, dass es vor dem Jugoslawien-Tribunal eher zu wenige Anklagen, zu viele Freisprüche und zu viele Absprachen mit der Verteidigung gab, die dazu führten, dass geständige Straftäter mit weniger Anklagen und milderem Strafen davonkamen. Oft hingens Ausmaß, Sorgfalt und Intensität der Ermittlungen vom jeweiligen Engagement der Chefankläger und Chefanklägerinnen ab. So stellte etwa der erste Chefankläger, Richard Goldstone, eine Expertin für die Strafverfolgung geschlechtsspezifischer Kriegsgewalt ein. Seine Nachfolgerin Carla del Ponte dagegen demonstrierte mehrfach mit Worten und Taten ihr Desinteresse an einer systematischen strafrechtlichen Erfassung dieser spezifischen Gewalt. Entsprechend stagnierten während ihrer Amtszeit Ermittlungen zu sexualisierter Kriegsgewalt. Doch selbst unter Chefankläger Goldstone schwiegen die ersten Anklageschriften über sexualisierte Gewalt. Erst die hartnäckigen Nachfragen couragierter Richterinnen führten zur Aufnahme von Vergewaltigungsvorwürfen.

Diese Unausgewogenheit führte unter anderem dazu, dass es in der nunmehr siebzehnjährigen Geschichte des Tribunals nur einen einzigen großen Prozess gab, der sich ausschließlich mit Vergewaltigung und sexueller Versklavung befasste. Im sogenannten Foca-Prozess wurden die drei Angeklagten zu 12 bis 28 Jahren Haft verurteilt. Sie hatten in der Gemeinde Foca zahlreiche muslimische Frauen und Mädchen in Internierungslagern oder während Hausdurchsuchungen selbst vergewaltigt oder Beihilfe zu Gruppenvergewaltigungen geleistet. Sie hatten Mädchen über Wochen und Monate in Privathäusern gefangen gehalten, um sie entweder wieder und wieder zu vergewaltigen oder sie anderen Soldaten gegen Geld und Gefälligkeiten zu überlassen. Die Beweisführung der Anklage, die im Übrigen von einem ausschließlich weiblichen Team erarbeitet worden war, erlaubte außerdem einen Blick auf die größere Dimension der Ereignisse in Foca. Zahlreiche andere Männer – Soldaten, Paramilitärs und Wochenendkämpfer aus Serbien und Montenegro – hatten es den Angeklagten gleichgetan, geduldet und toleriert von Vorgesetzten und vom Rest der in der Stadt verbliebenen bosnisch-serbischen Bevölkerung.

Ähnliche Prozesse hätte es auch für andere Regionen geben müssen, so zum Beispiel für die Stadt Visegrad im Nordosten Bosnien und Herzegowinas. Hier wurde die muslimische Bevölkerung seit April

1992 von einer besonders brutalen paramilitärischen bosnisch-serbischen Einheit, den Weißen Adlern, terrorisiert. Unzählige Morde und Vergewaltigungen gingen auf ihr Konto. Doch als ihr Anführer Milan Lukić und zwei ihrer Mitglieder vor Gericht standen, gab es keine Anklagen wegen Vergewaltigung. Chefanklägerin del Ponte hatte, wie die Gerichtsakten dokumentieren, bewusst davon abgesehen, um den Prozess zu beschleunigen. Als ihr Nachfolger Serge Brammertz später Vergewaltigungsanklagen nachträglich aufnehmen wollte, wurde dies vom Gericht unter Hinweis auf del Pontes frühere Stellungnahme dazu abgewiesen.

#### Was die Zukunft bringen muss

Goldstone hatte die Juristin Patricia Sellers als Beraterin für die Ermittlungs- und Strafverfolgungsstrategie geschlechterbezogener Gewalt hinzugezogen. Allerdings war das Thema damit auch abgesprochen. Vor allem fehlten Weisungsbefugnisse, die es ihr ermöglicht hätten, eine konsequente und umfassende Strategie nicht nur zu entwickeln, sondern auch gegen Widerstände durchzusetzen. Als Sellers das Jugoslawien-Tribunal verließ, wurde ihre Stelle nicht neu besetzt.

Keiner der konfliktsspezifischen Gerichtshöfe, die in den 1990er Jahren zur Strafverfolgung von Kriegsverbrechen in anderen Kriegen durch die UN und nationale Regierungen einberufen wurden (s. Kasten), hat hier anders gehandelt. Die meisten haben nicht einmal eine externe Beraterin für geschlechtsspezifische und sexualisierte Gewalt. Beim Internationalen Strafgerichtshof bedurfte es eines enormen Drucks zahlreicher internationaler Frauenorganisationen, bevor Chefankläger Louis Moreno-Ocampo im November 2008 die feministische Juristin Katherine MacKinnon aus den USA in seinen Stab berief – allerdings wieder nur als Gender-Expertin mit beratender Funktion; im Unterschied zu Frau Sellers hat sie nicht einmal ein Büro am Gerichtshof, sondern arbeitet von den USA aus.

Die Strafverfolgung dieser sehr spezifischen Delikte darf nicht weiter vom Willen und Engagement Einzelner abhängig sein; sie muss vielmehr institutionell verankert werden. Die Entwicklung konsistenter Ermittlungs- und Strafverfolgungsstrategien erfordert Kontinuität, Ressourcen und Durchsetzungskompetenzen. Dazu gehört auch, alle Ankläger/innen und Richter/innen in obligatorischen Fortbildungen über die Dynamik sexualisierter Gewalt in bewaffneten Konflikten aufzuklären und zu informieren. Damit die umfassende Strafverfolgung sexualisierter Kriegsgewalt eines Tages einmal zu einer Selbstverständlichkeit wird. ■■■

# «TRAUMATA SIND ANSTECKEND»

**Der Therapeut Salah Ahmad hat im irakischen Kirkuk Tausende Opfer von Gewalt und Terror betreut und behandelt. Ein Gespräch über Grenzerfahrungen und die Gefahr der Verdrängung.**

INTERVIEW: LAYLA AL-ZUBAIDI & ANBARA ABU-AYYASH

## **Herr Salah Ahmad: Was genau heißt es, traumatisiert zu sein?**

Der von Gewalt traumatisierte Mensch lebt ständig in Alarmbereitschaft, weil er nicht absehen kann, was als Nächstes passiert. Grenzerfahrungen zwischen Leben und Tod wiederholen sich, setzen sich im Gehirn fort. Wenn man zum Beispiel von seinem Peiniger hört «Morgen um 7 Uhr wirst du hingerichtet», die angebliche Hinrichtung dann immer wieder verschoben wird, dann erlebt der/die Betroffene extreme Gefühle der Ohnmacht und des Ausgeliefertseins. Bei vielen setzt sich dieses Trauma fort und führt zu schweren Angststörungen und Depressionen. Traumatisierte Menschen leben in ständiger Alarmbereitschaft, und das kleinste Ereignis kann größte Ängste auslösen.

## **Was passiert, wenn Traumata nicht behandelt werden?**

Diese Menschen können psychisch schwer erkranken, und irgendwann ist die Erkran-

kung nicht mehr heilbar: Sie leiden unter permanenten Wahnvorstellungen, Angst und Depressionen. Viele werden abhängig von Psychopharmaka, und das Fatale: Sie stecken Familienangehörige an.

## **Ein Trauma ist ansteckend?**

Ja, oft werden der Partner oder die Partnerin von Betroffenen sekundär traumatisiert. Es kann sein, dass eine vergewaltigte Frau in ihrer Familie kein Wort über das Trauma verliert, die Kinder aber unter ähnlichen Alpträumen leiden wie ihre Mutter. Wie diese Übertragung entsteht, wissen wir nicht genau. Was wir aber wissen: Solche unverarbeiteten Fälle führen zu enormen Spannungen in der Familie und können sie völlig zerstören.

## **Opfer von Gewalt werden oft selber zu Folterern. Warum?**

Das Gehirn hat vor allem die Erfahrungen von Gewalt gespeichert, positive Erfahrungen wie liebende Angehörige können nicht

mehr aktiviert werden. Das Gehirn vermag nicht mehr, nach friedlichen Lösungen zu suchen. Selbst gewalttätig zu werden, dreht die Erfahrung von Erniedrigung und Demütigung scheinbar um.

## **Können Sie uns ein Beispiel geben?**

Ich habe einen arabischen Mann behandelt, der von der Polizei seines Landes mit geschmolzenem, heißen Plastik gefoltert worden war. Dieser Patient schlug seinen eigenen Sohn regelmäßig mit einem Gürtel. Als der Sohn ihn beschuldigte, wie die Polizei zu handeln, brach er zusammen. Die Arbeit mit dem Vater und dem Sohn hat 18 Monate gedauert. Solche Geschichten gibt es viele. Aber das bedeutet nicht, dass alle Opfer von Gewalt automatisch zu Tätern werden. Im Menschen gibt es auch erstaunlich viel inneren Widerstand gegen Gewalt. Bei der Traumabehandlung versuchen wir, diesen natürlich vorhandenen Widerstand in den Patienten und ihre Verachtung für Gewalt zu stärken.

## **Ihr Zentrum für Gewaltopfer ist auf die Behandlung von Frauen spezialisiert – was haben sie im Irak des Saddam Hussein erlebt?**

Sippenhaft war im Irak ein beliebtes Mittel, um politischen Widerstand zu brechen – und das funktionierte vor allem über die Frauen. Sie wurden verhaftet, vergewaltigt und gefoltert, um ihre Männer oder Väter ausfindig zu machen. Dies kam auch mit männlichen Familienmitgliedern vor; da aber die Frauen als «Hüterinnen der Familienehre» gelten, hat man besonders sie als Mittel zum Zweck benutzt. Im Irak wurde Vergewaltigung auch als Kriegswaffe eingesetzt. Während der sogenannten Anfal-Kampagne gegen die Kurden im Jahr 1988 wurden zahlreiche kurdische Frauen an Männer in Ägypten und den Emiraten verkauft oder von Offizieren der irakischen Armee als Sexsklavinnen gehalten. Aber ein großes Problem auch heute noch ist die häusliche Gewalt: Es gibt Männer, die sich in der eigenen Familie schlimmer verhalten als Gefängniswärter. Wir haben viele Frauen, die geprügelt, erniedrigt, vergewaltigt werden, ohne dass die Männer je zur Rechenschaft gezogen werden.

## **Sie sagen, auch Männer waren sexueller Gewalt ausgesetzt?**

Ja. Gefangene wurden von Wärtern vergewaltigt, sie wurden auch gezwungen, andere Gefangene zu vergewaltigen. Sie wurden dabei fotografiert und später erpresst, ihre politische Arbeit aufzugeben.

Sexuelle Folter diene als Waffe, um die Identität und Würde des Gefangenen und seine späteren sozialen Beziehungen zu zerstören. Dazu gehörte auch, Frauen, Mütter oder Töchter vor den Augen der männlichen Gefangenen zu vergewaltigen oder sexuell zu erniedrigen. Damit zerstört man alle, sowohl die Frauen als auch die Männer. Viele dieser Frauen haben sich umgebracht, noch bevor ihre männlichen Angehörigen freikamen.

#### Mit welchen Widerständen hat die Traumarbeit im Irak zu kämpfen?

Im ganzen Nahen Osten war es lange so, dass Menschen, die zum Therapeuten gingen, als ein «bisschen verrückt» galten. Man hatte Angst, mit einem sozialen Stigma belegt zu werden, wenn man seine Schwächen zugibt und um Hilfe bittet.

#### Wie haben Sie die Leute überhaupt in Ihr Haus bekommen?

Die ersten durch Mundpropaganda, dann haben uns auch die Medien geholfen, mittlerweile kommen die Menschen von sich aus, besonders Frauen. Sie sind offener. Aber auch wir sind aktiv: Wenn wir von Nachbarn etwas über Gewaltanwendung hören, gehen wir auch direkt zu den Menschen hin und sprechen mit ihnen.

#### Und wie überzeugen Sie diese Menschen, dass es gut wäre, eine Therapie zu machen?

Wir vermeiden den Begriff «Psychotherapie» und laden stattdessen zum «Gespräch» ein. Insbesondere Männer tun sich schwer, psychische Probleme zuzugeben. Daher gehört zur ersten Therapiesitzung immer eine solide medizinische Untersuchung durch einen Arzt. Die Präsenz eines «Experten» verleiht dem Ganzen Seriosität und gibt dem Patienten Vertrauen. Dieser Arzt empfiehlt dann ein «Gespräch» über «andere Belastungen», die den Patienten plagen. Dann kann die Therapie beginnen.

#### Werden Sie von der kurdischen Regionalregierung unterstützt?

Sie kümmert sich seit 2003 zumindest ein wenig mehr um Opfer. Sie hat Gesetze erlassen, um sie zu entschädigen, Waisen- und Witwenrenten wurden eingeführt. Sie sucht auch Rat und Hilfe bei uns. Die geben wir gerne, wir erlauben aber keine politische Einmischung in unsere Arbeit.

#### Was tun Sie, wenn die Familie sich einmisch, gegen Sie arbeitet: Haben Sie eine Möglich-

#### Hilfe für traumatisierte Menschen

Das Zentrum für Gewaltopfer in Kirkuk wurde 2005 als erste Behandlungseinrichtung für Opfer von Folter und anderen Menschenrechtsverletzungen gegründet. Aufgebaut wurde es in Kooperation mit dem Berliner Behandlungszentrum für Folteropfer (bzfo) unter der Leitung des langjährigen Mitarbeiters Salah Ahmad.

Im Jahr 2009 gründete das bzfo zwei weitere Rehabilitationseinrichtungen in den nordirakischen Städten Sulaymaniyah und Hewlêr/Erbil. Zu den Angeboten aller drei Zentren gehören eine Abteilung für traumatisierte Kinder sowie eine Anlaufstelle für weibliche Opfer häuslicher Gewalt. Das Kirkuk Center betreibt ein Mobilteam für die ländlichen Gebiete. Ein Zentrum für traumatisierte Kinder und Jugendliche wurde im Mai 2010 in Chamchamal eröffnet.

Seit der Gründung des ersten Zentrums konnten über 4.000 Menschen behandelt oder an andere Einrichtungen vermittelt werden. Rund 45 % der Hilfesuchenden sind Frauen; etwa 17 % sind Kinder und Jugendliche. Die Zentren werden vom Auswärtigen Amt, dem kanadischen Entwicklungsministerium, dem US State Department, UNOPS und der EU gefördert.

In Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung wird durch jährliche Trainings die Ausbildung von Therapeutinnen und Therapeuten verbessert. Ebenfalls mit der Heinrich-Böll-Stiftung soll ein Modellprojekt gestartet werden, um später an irakischen Universitäten Psychotherapeuten ausbilden zu können.

#### keit, Frauen aus dem Umfeld ihrer Familie zu entfernen?

Wir haben kaum Möglichkeiten, Frauen so unterzubringen, dass sie wirklich geschützt sind. Eine Frau der Familie zu entreißen ist aber für uns – gerade im Hinblick auf die Struktur der irakischen Gesellschaft – auch die letzte Option. Wir arbeiten darauf hin, alle Personen im Familienumkreis des Opfers konstruktiv mit einzubeziehen.

#### Und das gelingt – selbst bei konservativen Familienmitgliedern?

Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Neulich kam ein Vater zu mir in das Zentrum und beschwerte sich über seine Tochter. Sie bereite nur Probleme und sei vor allem nicht bereit, sich auf eine Heirat einzulassen. Es stellte sich heraus, dass sie vor einigen Jahren entführt und vergewaltigt worden war. Allerdings hatte sie ihrer Familie nichts von der Vergewaltigung erzählt. Wir begannen mit der Therapie, und tatsächlich verbesserte sich ihr Zustand.

Ich arbeitete auch mit dem Vater und überzeugte ihn davon, dass es durchaus Frauen gebe, die nicht heiraten wollten, und dass dies nichts Anormales sei. Vor ungefähr einem Jahr lernte diese junge Frau einen Mann kennen, und sie heiratete ihn aus eigener Überzeugung.

#### Man kann von einer Massentraumatisierung der Menschen im Irak sprechen – wie sehen Sie die Zukunft dieses Landes?

Durch die anhaltende Gewalt übertragen sich Traumata von einer Generation auf die andere und intensivieren sich. Ich glaube, dass es noch ein langer Weg sein wird, bis die Massentraumatisierungen des irakischen Volkes aufgearbeitet und überwunden sind. Vielleicht 50 Jahre? Wer weiß das schon. Ich bin optimistisch und glaube, dass die Iraker die Fähigkeit haben, wieder auf die Beine zu kommen, und ihr Land weiter aufbauen werden. Momentan jammern noch viele Menschen im Irak, aber sie fordern auch. Nämlich, dass ihre Regierung ihnen das bietet, wozu sie gewählt wurde. Das Einfordern von Rechten ist immer ein positives Zeichen. ■■■

**Salah Ahmad** ist Leiter des Zentrums für Gewaltopfer in der irakischen Stadt Kirkuk, Diplom-Pädagoge, Systemischer Familientherapeut, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut.



**Layla Al-Zubaidi** leitet das Büro Mittlerer Osten der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut, Libanon, seit November 2006. Sie studierte Ethnologie, Islamwissenschaft und Archäologie in Berlin und den USA und war Stipendiatin des «Studienkollegs für Internationale Aufgaben» der deutschen Studienstiftung.



**Anbara Abu-Ayyash** ist seit November 2009 Programm-Managerin im Büro Mittlerer Osten der Heinrich-Böll-Stiftung in Beirut. Sie ist Diplom-Volkswirtin mit den Schwerpunkten Entwicklungsökonomie und Entwicklungspolitik und hat sich in den Bereichen demokratische Governance, Menschenrechte und Gender spezialisiert.



# GIPFELSTÜRMER INNEN

**Nepals Frauen haben während des Bürgerkrieges für Frieden und Demokratie gekämpft und sich anschließend eine faire Beteiligung in der neuen Regierung gesichert. Trotzdem ist das Problem mit der Gewalt noch lange nicht gelöst.**

VON SHAILÉE BHANDARI

**Z**ehn Nepalesinnen erklommen am 23. Mai 2008 als erstes ausschließlich weibliches Team den Mount Everest. Sie vollbrachten damit nicht nur eine einzigartige sportliche Leistung, sondern hielten für die Frauen ihres Landes eine Botschaft bereit: dass es keinen Gipfel gibt, den sie nicht erklimmen könnten.

Die Expedition zum höchsten Berg der Welt wurde in dem Himalaya-Staat als «großer Sprung für Nepals Frauen» gefeiert. Die Gipfelstürmerinnen – Shushmita Maskey, Shaili Basnet, Nimdoma Sherpa, Maya Gurung, Poojan Acharya, Usha Bista, Asha Kumari Singh, Nawang Futi Sherpa, Chunu Shrestha und Pema Diki Sherpa – nutzen seither ihren Ruhm, um an den Schulen des Landes für Chancengleichheit zu werben.

Frauen spielten in der traditionellen nepalesischen Gesellschaft jahrhundertlang eine untergeordnete Rolle. Doch inzwischen haben sie sich ein gewisses Maß an Anerkennung buchstäblich erkämpft: im zehnjährigen Bürgerkrieg der Kommunistischen

Partei (Maoisten) gegen die ungeliebte Monarchie und bei den Volksprotesten, die 2006 die Diktatur von König Gyanendra beendeten.

## **Frauen gingen in Scharen auf die Straße**

Bis zum Ausbruch der gewaltsamen Auseinandersetzungen 1996 war der Anblick bewaffneter Frauen und Mädchen in dem damaligen Königreich schier undenkbar gewesen. In der maoistischen Volksbefreiungsarmee waren sie jedoch zahlreich vertreten. Sie stellten mehr als ein Drittel der Kämpfer. Respekt verschaffte den Frauen aber auch der Umstand, dass sie oft die Rolle der alleinigen Familiernährer ausfüllten und/oder sich politisch engagierten.

Der Schweizer Günther Baechler, der als Sonderberater seines Landes entscheidend zu dem Friedensabkommen in Nepal beigetragen hat, erinnert in einer Rückschau an die besondere Rolle dieser

«Akteurinnen des Wandels», die 2006 in Scharen auf die Straße gingen, um Frieden und Demokratie einzufordern. Obwohl die Frauen nicht zu den Friedensverhandlungen zugelassen wurden, hatten einige unabhängige Frauenaktivistinnen und Mitglieder der Sieben-Parteien-Allianz und der Kommunistischen Partei Nepals/Marxisten (CPN-M) an den Friedensvorverhandlungen, Beratungstreffen und Gesprächen mit dem Friedensbüro (dem späteren Friedensministerium) teilgenommen. Ferner waren sie in der Arbeitsgruppe für Frieden (Peace Task Force) vertreten, die sich aus Vertretern der politischen Parteien und des Friedensbüros sowie aus lokalen und internationalen Vermittlern zusammensetzten.

### 197 Politikerinnen sprechen jetzt mit einer Stimme

Nepals Frauenbewegung konnte schon vor dem Friedensschluss 2006 Erfolge vorweisen. Mit ihrer Lobbyarbeit erreichten sie 2002 die Verabschiedung eines Gesetzes, das Schwangerschaftsabbrüche entkriminalisiert. Im gleichen Jahr wurde das Erbrecht reformiert: Frauen sind somit ab der Geburt erbberechtigt. Vier Jahre später brachte der Oberste Gerichtshof des Landes ein Gesetz zu Fall, das Männern die Scheidung in Fällen erlaubt, in denen ihre Frauen kinderlos bleiben. Kurze Zeit später fiel der einstimmige Parlamentsbeschluss, der Frauen berechtigt, ihre Nationalität an ihre Kinder weiterzugeben.

Ebenfalls 2006 wurden Nepals Frauen in einem Parlamentsbeschluss 33 Prozent aller Posten in allen staatlichen Institutionen zugesichert. Darüber hinaus engagierten sich die Frauen erfolgreich für ein Proporz-Wahlsystem, das ihnen einen fairen Anteil an Sitzen in der verfassungsgebenden Versammlung verschaffte. So sind in der Versammlung 197 Politikerinnen vertreten, die mit einer Stimme sprechen, wenn es gilt, wichtige Frauenrechte in der künftigen Verfassung zu verankern. Außerdem steht mit Sahana Pradhan erstmals eine Frau an der Spitze des nepalesischen Außenministeriums. Und seit 2009 hat Nepal ein Gesetz gegen häusliche Gewalt.

Diese vielen positiven Entwicklungen reihen Nepal in die wenigen Staaten ein, die einige Fortschritte bei der Umsetzung der Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrats vorweisen können. Hinter den nepalesischen Errungenschaften stehen Frauen wie Sahana Pradhan oder Binda Panday, die in den 1990er Jahren ebenfalls an vorderster Front für die Wiederherstellung der Demokratie gekämpft hatten. «Es ist so wichtig, dass Geschlechtergerechtigkeit Eingang in die neue Verfassung findet», sagt die 44-jährige Frauen- und Friedensaktivistin Panday, die dem Hauptkomitee der Verfassungsgebenden Versammlung für fundamentale Rechte und Direktiven vorsitzt. Dem Ausschuss kommt die Aufgabe zu, die künftigen Bürgerrechte Nepals auszugestalten, die Eingang in die nepalesische Verfassung finden sollen.

Panday, eine der 1 000 Friedensfrauen weltweit, verweist jedoch auf die Vielzahl von Problemen, die noch bewältigt werden müssen. «Wir haben so viel Positives erreicht, doch wenn es zur Umsetzung kommt, stoßen wir an unsere Grenzen», sagt sie. Zum Beispiel, wenn es darum ginge, sexuelle Gewalt gegen Frauen zu verhindern und den vielen Opfern schnell zu helfen.

Der Oberste Gerichtshof des Landes war offenbar der selben Meinung und hat im Februar 2010 im nepalesischen Jahr zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen die Regierung in Kathmandu aufgefordert, die Voraussetzungen für die Einrichtung von «Känguruh»-Schnellgerichten zu prüfen, die die vielen Fälle von Gewalt gegen Frauen zügig ahnden.

### Noch immer gibt es Vergewaltigung und Menschenhandel

Aktuelle und verlässliche Zahlen über das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen sind nur schwerlich zu finden. Eine vorläufig letzte und umfangreichere Statistik liefert INSECOnline.org, das erste nepalesische Nachrichtenportal zur Situation der Menschenrechte in Nepal. Demnach kam es im Jahr 2008 zu 225 versuchten oder vollzogenen Vergewaltigungen. Die meisten Täter kamen straffrei davon. Srikanth Poude, Sprecher des Obersten Gerichtshofs von Nepal, spricht in diesem Zusammenhang von einem «rechtlichen Vakuum».

Ein weiteres ungelöstes Problem ist der Menschenhandel mit kleinen Mädchen, die zu Tausenden jährlich von ihren Familien als Haushälterinnen vorwiegend nach Indien «verkauft» werden. Viele von ihnen landen in der Prostitution und werden nach Aussagen von Menschenrechtsorganisationen unter unvorstellbaren Bedingungen ausgebeutet.

### Noch immer sind männliche Parteiführer übermächtig

Schlimmen Übergriffen sind zudem Witwen und Frauen der Kaste der «Unberührbaren» (Dalits) in den ländlichen Gebieten ausgesetzt. Der UN-Frauenfonds UNIFEM schätzt die Zahl nepalesischer Witwen auf etwa 800 000. Viele sind Kriegswitwen, und 67 Prozent sind keine 35 Jahre alt. Sie hat der Verlust ihrer Männer über Nacht ins gesellschaftliche Abseits gebracht. Diskriminierung, Gewalt, sexuelle Ausbeutung und Rechtlosigkeit prägen sehr oft ihren Alltag.

Als Ärmste der Armen werden Witwen und Dalit-Frauen häufig für Todes- und andere Unglücksfälle zur Verantwortung gezogen. Wie dies aussehen kann, schilderte im letzten Jahr ein Opfer aus dem Bezirk Lalitpur 40 Kilometer südlich der Hauptstadt Kathmandu. Nach dem Tod mehrerer Rinder wurde die Nepalesin aufs Schwerste misshandelt, eingesperrt und zum Verzehr ihrer eigenen Exkremate gezwungen. Frei kam sie erst nach einem erzwungenen Schuldeingeständnis. Sie brachte den Fall zwar zur Anzeige, doch die Täter kamen mit einem Bußgeld davon.

Frauenaktivistinnen wie Binda Pandey drängen Nepals männliche Politiker immer wieder dazu, die geschlechtsspezifische Gewalt gegen Frauen öffentlich zu verurteilen. Doch eine Reaktion ist eher unwahrscheinlich. Günther Baechler wirft den ehemaligen Konfliktparteien vor, die Verfassungsgebende Versammlung vor allem für taktische Spielchen und persönlichen Machtzuwachs zu missbrauchen. Die Chancen sind seiner Meinung nach gering, dass die Frauen «diesen Unsinn der einflussreichen männlichen Parteiführer» beenden können. ■■■

## DER BESONDERE TIPP

### Internationale Konferenz

#### Migration, Integration und soziale Mobilität in Europa

17.–18. März 2011 (Do/Fr)

Belegtag der Heinrich-Böll-Stiftung

Die Studie «Migrant Integration Policy Index» (MIPEX) vergleicht die Politik von 31 Einwanderungsländern, um Erfolgswege und Barrieren der Teilhabe und Mobilität aufzuzeigen. Auf der Konferenz im März, die in Koop. mit British Council, Migration Policy Group u.a. stattfindet, werden die zentralen Ergebnisse der Studie im Kontext der aktuellen politischen Situation in Europa diskutiert.

Anmeldung: [www.migration-boell.de](http://www.migration-boell.de)

### Lesung, Ausstellung, Symposium

#### Tschernobyl 25 – Expeditionen

12.–13. April 2011 (Di/Mi)

Belegtag der Heinrich-Böll-Stiftung

Mit der Ausstellung «Straße der Enthusiasten» zeigt die Heinrich-Böll-Stiftung anlässlich von 25 Jahren Tschernobyl die Geschichte vom Aufstieg und Fall der Stadt Prypyat nahe des Unglücksortes. Eröffnet wird sie mit einer Lesung von Jurij Andruchowytch. Die anschließende Podiumsdiskussion «25 Jahre Tschernobyl und kein bisschen weise» und das Symposium zur Atomkraft am 13. April 2011 ist der Auftakt zu einem internationalen Verbundprojekt, das u.a. in Kiew, Warschau, Freiburg und Brüssel Station machen wird.

Informationen ab Ende Februar unter:

[www.tschernobyl25.org](http://www.tschernobyl25.org)

### Veranstaltungsreihe

#### Beyond Re/Production: Care Work

2. März–20. April 2011, Kunstraum Kreuzberg/Bethanien, Berlin

«Lohn für Hausarbeit» – diese feministische Forderung war gestern. Heute übernehmen in reichen Ländern migrantische Haus- und Pflegearbeiterinnen die Arbeit, meist unter prekären Bedingungen. In Kooperation mit dem Kunstraum Kreuzberg/Bethanien beleuchtet das Gunda-Werner-Institut die Zusammenhänge von Gender und Arbeitsverhältnissen. Eröffnet wird die Reihe am 2. März in der Heinrich-Böll-Stiftung, die weiteren Veranstaltungen finden im Kunstraum Kreuzberg/Bethanien statt.

Web-Dossier: [www.gwi-boell.de](http://www.gwi-boell.de)

### Böll-Arena zur Fußball-WM

#### Gender Kicks 2011

Vom 26. Juni bis 17. Juli ist Fußball-WM in Deutschland – die 6. WM der Frauen. Die Heinrich-Böll-Stiftung ist mit am Ball. Wir beleuchten die Fußballkultur der teilnehmenden Länder, schauen aber auch über den Stadionrand hinaus und fragen: Ist Fußball für Frauen ein Emanzipationskick? Die Aufwärmphase beginnt im April 2011: Auf den Websites [www.boell.de](http://www.boell.de) und [www.gwi-boell.de](http://www.gwi-boell.de) begeben wir uns in die Quartiere aller WM-Teams und blicken auf die geschlechterdemokratischen Prozesse im jeweiligen Land. Im Mai sind wir zusammen mit der DFB-Kulturstiftung auf Tour in den WM-Austragungstädten. Auf der Website [www.gwi-boell.de](http://www.gwi-boell.de) aktualisieren wir alle Veranstaltungen, Orte und Termine zur Fußball-WM 2011.

Informationen: [gender-kicks-2011@boell.de](mailto:gender-kicks-2011@boell.de)

### 100 Jahre Internationaler Frauentag

Am 8. März 2011 jährt sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. Aus diesem Anlass fragen wir nach der Bedeutung, die dieser Tag heute noch hat. Unter [www.gwi-boell.de](http://www.gwi-boell.de) präsentieren wir Statements von Frauen aus vieler Herren Länder.

### Publikation

#### Zur Lage der Welt 2011: Hunger im Überfluss Neue Strategien gegen Unterernährung und Armut

Hrsg. vom Worldwatch Institute in Zusammenarbeit mit der Heinrich-Böll-Stiftung und Germanwatch

München 2011, 300 Seiten, 19,95 Euro

ISBN 978-3-86581-241-4

(Erscheint im März)

Das Buch wird am 15. März in der Heinrich-Böll-Stiftung vorgestellt.

### Die Stiftung in Sozialen Netzwerken

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in verschiedenen Sozialen Netzwerken aktiv.

Werden Sie Freund oder Freundin der Stiftung auf Facebook unter [www.boell.de/facebook](http://www.boell.de/facebook), sehen Sie Filme und Videos bei YouTube ([www.boell.de/youtube](http://www.boell.de/youtube)), Bilder bei Flickr ([www.flickr.com/photos/boellstiftung](http://www.flickr.com/photos/boellstiftung)) oder verfolgen Sie die aktuellen Nachrichten der Stiftung über den Kurznachrichtendienst Twitter unter [www.twitter.com/boell\\_stiftung](http://www.twitter.com/boell_stiftung). Wie immer bieten diese Netzwerke einen Rückkanal, über den Sie mit uns in Kontakt treten können.

### Zuletzt erschienen

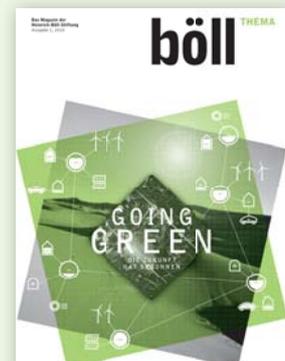
Printversionen vergriffen. Download unter [www.boell.de/thema](http://www.boell.de/thema)



3/10  
Sozialer Aufstieg



2/10  
Landwirtschaft und Klimawandel



1/10  
Going Green – Die Zukunft hat begonnen

## **Böll.Thema 1/11**

Wie Frauen und Männer gemeinsam Frieden schaffen

«Völkerrechtlich wurde noch nie ein militärischer Einsatz mit der ‹Erzwingung› von Frauenrechten begründet, und das ist uneingeschränkt zu begrüßen. Frauenrechte lassen sich mit militärischen Mitteln nicht durchsetzen. Frauen sind zwar von geschlechtsspezifischen Menschenrechtsverletzungen besonders betroffen – ein ‹Spezialfall› der Menschenrechte sind sie deswegen aber nicht.»

*Barbara Unmüßig*

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist eine Agentur für grüne Ideen und Projekte, eine reformpolitische Zukunftswerkstatt und ein internationales Netzwerk mit weit über hundert Partnerprojekten in rund sechzig Ländern. Demokratie und Menschenrechte durchsetzen, gegen die Zerstörung unseres globalen Ökosystems angehen, patriarchale Herrschaftsstrukturen überwinden, in Krisenzonen präventiv den Frieden sichern, die Freiheit des Individuums gegen staatliche und wirtschaftliche Übermacht verteidigen – das sind die Ziele, die Denken und Handeln der Heinrich-Böll-Stiftung bestimmen. Sie ist damit Teil der ‹grünen› politischen Grundströmung, die sich weit über die Bundesrepublik hinaus in Auseinandersetzung mit den traditionel-

len politischen Richtungen des Sozialismus, des Liberalismus und des Konservatismus herausgebildet hat.

Organisatorisch ist die Heinrich-Böll-Stiftung unabhängig und steht für geistige Offenheit. Mit 28 Auslandsbüros verfügt sie über eine weltweit vernetzte Struktur. Sie kooperiert mit 16 Landesstiftungen in allen Bundesländern und fördert begabte, gesellschaftspolitisch engagierte Studierende und Graduierte im In- und Ausland. Heinrich Bölls Ermunterung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik folgt sie gern und möchte andere anstiften mitzutun.

[www.boell.de](http://www.boell.de)



# Mit Acrobat / Reader kommentieren

Wenn umfangreiche Publikationen als PDF am Bildschirm gelesen und der Austausch über das Internet erfolgen soll, kann das Kommentarwerkzeug von Adobe Acrobat/Reader eine wertvolle Hilfe sein.

Mit dem **Kommentarwerkzeug** kann in PDF-Dateien ähnlich wie auf einer gedruckten Papiervorlage markiert, redigiert und kommentiert werden. Bei umfangreichen Dokumenten entsteht nebenbei im Kommentare-Fenster eine **persönliche Navigation im Kommentare-Fenster**



Das **Notizwerkzeug** ist am gebräuchlichsten. Geöffnet besteht es aus einem Fenster in das Text geschrieben oder über die Zwischenablage einkopiert werden kann. Solche Notizfenster gehören auch zu fast allen anderen Kommentar-Werkzeugen hinzu.



PDF-Kommentare können mit dem Button „**Kommentar senden**“ vom Dokument getrennt, per E-Mail verschickt und vom Empfänger in die eigene Fassung der Datei **importiert werden**

Wenn Sie einen solchen **Kommentar beantworten** wollen, benutzen Sie die Antwortfunktion: Mit der rechten Maustaste auf den Kommentar klicken, *Antworten* wählen.

Nebenstehend ein Ausschnitt des Werkzeugfenster, mit dem man im Menü *>Werkzeuge >Werkzeugleiste anpassen* die Kommentartypen für den eigenen Bedarf auswählt. Die Haken zeigen eine Werkzeug - Auswahl.



Das **Hervorhebe-Werkzeug** eignet sich **wie auf dem Papier** für das Hervorheben kurzer Textstellen.



Mit dem **Rechteck-Werkzeug** kann man größere Abschnitte zum Austausch markieren. Bei Acrobat (nicht im Reader) kann man in den Grundeinstellungen festlegen (Strg+K, K), dass umrandete oder markierte Texte in das zugehörige Kommentarfeld kopiert werden. Mit Acrobat kann man so Textauszüge herstellen. (Im Kommentare-Fenster bei *> Optionen* mit der Funktion *Kommentare zusammenfassen*.)



**Datei als Kommentar anhängen**, ermöglicht das Einfügen einer extra Datei, z.B. eines gescannten Zeitungsausschnittes zum Thema.



Mit dem **Stempelwerkzeug** und der Auswahl **Bild aus der Zwischenablage als Stempel einfügen** können Bildinhalte eingefügt und anschließend mit einem zugehörigen Kommentar versehen werden.



## Kommentieren und markieren-Werkzeugleiste

- Notiz
- Textbearbeitung
- Stempel-Werkzeug
- Hervorheben-Werkzeug
- Unterstreichen-Werkzeug
- Durchstreichen-Werkzeug
- Datei als Kommentar anhängen
- Audiokommentar aufzeichnen
- Legenden-Werkzeug
- Textfeld-Werkzeug
- Kommentarwolken-Werkzeug
- Pfeil-Werkzeug
- Linien-Werkzeug
- Rechteck-Werkzeug
- Kreis-Werkzeug
- Polygonlinien-Werkzeug
- Polygon-Werkzeug
- Bleistift-Werkzeug
- Radiergummi-Werkzeug
- Einblenden
- Kommentare senden
- Online-Verbindung wiederherstellen